

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

22.7.1932 (No. 169)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. Amenb.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Elebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur so bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Vorgänge in Preußen

Große Aussprache in Stuttgart — Weitere Maßnahmen von Papens — Waffenbesitz und Waffengebrauch — Die Parteien

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Samstag, den 23. Juli, zu einer Aussprache in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.

Eine spätere Meldung besagt, es stehe nunmehr fest, daß mit dem Reichskanzler v. Papen, der von seinem persönlichen Referenten, Ministerialrat Putsch, begleitet ist, auch Reichsarbeitsminister Schäffer reisen wird. Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl ist augenblicklich schon in Süddeutschland. Er wird sich direkt nach Stuttgart begeben. Der Kanzler trifft mit seiner Begleitung übrigens bereits am Sonntagmorgen wieder in Berlin ein.

Auf Grund des § 3 der Verordnung betreffend die einstweilige Verlegung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1929 (Gesetzsammlung S. 33) werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstellend in den Ruhestand versetzt: Der Staatssekretär im Ministerium des Innern, Dr. Abegg, der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Badt, (der dem Ministerialdirektor Dr. Badt erteilte Auftrag, die Klage der bisherigen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betr. die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zu vertreten, bleibt bestehen), der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Staudinger, der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, ferner vier Oberpräsidenten, sechs Regierungspräsidenten, acht Polizeipräsidenten und zwei Polizeidirektoren. Soweit eine Neubesezung auf frei gewordene Stellen erfolgt, wird dabei vorgzugsweise auf Wartestandsbeamte zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stellenbesetzungen vorgenommen werden.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Baumh., der zur Zeit auf Urlaub in Oberbayern weilt, wird seinen Urlaub unterbrechen, um die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes am Samstag zu leiten. Wie der Reichsgerichtsdienst des Reichspräsidenten zuständiger Stelle erfährt, lautet der vom bisherigen preussischen Staatsministerium unter Bezugnahme auf die gleichzeitige damit beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eingereichte Klage gestellte Antrag dahin: Im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli für das Land Preußen eingesetzte Reichskommissar einstellend jeder Dienstausübung zu enthalten hat.

Der Militärbefehlshaber hat einen Erlaß über den Waffengebrauch der Polizei herausgegeben, in dem es heißt: „Die Polizei hat, soweit Waffengebrauch erforderlich ist, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen energisch und schnellstens von der durch die Lage gebotenen Art der Waffengebrauch zu machen, um den erforderlichen Zweck zu erreichen. Nur dadurch wird die Wahrung der Staatsautorität sichergestellt und eine nicht zu verantwortende Gefährdung für Beamte und Unbeteiligte vermieden. Niemals kann ein Beamter eine Entschuldigung für die Nichterfüllung seiner Pflicht oder die Nichtdurchführung eines Auftrages zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung finden, wenn er den zur Erreichung eines bestimmten Zweckes gesetzlich bestimmten Gebrauch von seinen Waffen nicht rechtzeitig und nicht vollständig gemacht hat.“

Die Verordnung über den Waffenbesitz lautet: § 1. Wer hinsichtlich verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittels einer Waffe begangen oder eine Waffe unbefugt geführt zu haben, oder wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen. — § 2. Wer

bei einer Waffendurchsuchung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Verlangen den Besitz von Waffen oder Munition oder andere ihm bekannte Bestände an Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

Sodann hat der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg in einem Schreiben an den Polizeipräsidenten in Berlin und den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg angeordnet, gegen Verteiler von Flugblättern, die zum Generalfreitag aufzuredern, vorzugehen.

Eine in Berlin von der SPD für Donnerstagabend für alle Betriebsräte ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit angelegte Betriebsräteversammlung, bei der das Thema „Belagerungszustand in Berlin und die Aufgaben der Betriebsbelegungen“ behandelt werden sollte, ist auf Anordnung des Wehrkreisbefehls verboten worden. Desgleichen eine Kundgebung der Kommunisten in der Ausstellungshalle zu Altona, in der der Landtagsabgeordnete Schubert über die blutigen Vorfälle am letzten Sonntag sprechen wollte.

Die Reichsparteileitung der Deutschen Volkspartei

betont in einer Erklärung zur innenpolitischen Lage u. a., die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen sei eine einschneidende Maßnahme, die nach Lage der politischen Verhältnisse nicht zu vermeiden gewesen sei. Es genüge aber nicht, daß die Reichsregierung dieser Entscheidung entschlossen einen Riegel vorgeschoben habe, es sei auch notwendig, daß die besonnenen Kräfte im Lande sich der Bedeutung der Stunde bewußt seien. Die nächsten Wahlen müssen dafür sorgen, daß die Elemente der sachlichen Verantwortung wieder zur Geltung kämen.

Partei Vorstand und Parteiauschuß der SPD.

fahen am Donnerstag einstimmig einen Beschluß, der gegen das Vorgehen der Reichsregierung protestiert und den bisherigen sozialdemokratischen Ministern sowie dem Polizeipräsidenten für ihr Verhalten Anerkennung und Dank ausspricht. Der Beschluß wendet sich dann gegen die Generalfreiparole der kommunistischen Führer, die seit Jahren Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten den Kampf gegen Braun und Sebering geführt hatten.

Die Leitung der Zentrumsparlei

ist nach einer Mitteilung des Geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei, des Reichstagsabgeordneten Joos, einberufen worden, um eine definitive Stellungnahme der Partei zu den Vorgängen in Preußen herbeizuführen. Inzwischen hat Abgeordneter Joos eine Erklärung erlassen, in der er mit scharfen Worten den Unterschied zwischen den Maßnahmen der Reichsregierung und der Auffassung des Zentrums über die Möglichkeiten der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung hervorhebt.

Der Preussische Beamtenbund

hat einen Aufruf an die preussische Beamtenschaft erlassen, in dem es heißt, ohne zu der politischen Seite der Vorgänge, für die die Reichsregierung die Verantwortung trage, Stellung zu nehmen, appelliere der Preussische Beamtenbund an die preussische Beamtenschaft, unbeirrt ihren beruflichen Pflichten nachzukommen und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Da das bisherige preussische Kabinett den Staatsgerichtshof anrufen habe, seien die rechtlichen Garantien für die Wahrung der Verfassung gegeben.

* Die Feststellungs-Klage der badischen Regierung

Mögen die Mitglieder des badischen Kabinetts persönlich diese oder jene Meinung über die Vorgänge in Preußen haben, so ist doch daran festzuhalten, daß die badische Staatsregierung als solche sich nicht der preussischen Klage beim Staatsgerichtshof anschließt, weil sie den Sachverhalt nicht genügend kennt. Die Feststellungsklage, welche die badische Regierung ihrerseits erhoben hat, und deren Wortlaut wir gestern hier abdruckten, stellt ein besonderes Vorgehen dar. Ihr Zweck ist, eine staatsrechtliche Klärung herbeizuführen, an der es bisher gemangelt hat.

Die badische Regierung bestrittet nicht, daß nach der Verfassung der Reichspräsident das Recht zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern hat. Aber die Reichsregierung ist nach der badischen Auffassung nur berechtigt, Schritte zu unternehmen, die eine die Tätigkeit der Landesminister suspendierende, hemmende Bedeutung haben. Unter keinen Umständen darf sie Landesminister ihrer Ministerien entkleiden, neue Landesminister ernennen, einen Reichskommissar zum Mitglied der Landesregierung ernennen, das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten dem Reichskommissar übertragen oder ihn selbst zum Reichsratsbevollmächtigten ernennen oder ihm die Ernennung von Reichsratsbevollmächtigten übertragen oder einer Landesregierung das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten entziehen. Und schließlich darf die Reichsregierung auch nicht Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für das Land ernennen.

Im Sinne des Artikels 48 der Reichsverfassung sind derartige Maßnahmen nach der Auffassung der badischen Staatsregierung nicht „nötig“; sie sind jedenfalls nicht dauernd nötig und sie widersprechen dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches.

Auch die ihres Amtes enthobene preussische Regierung Braun war, wie sie selber erklären ließ, bereit, mit dem Reichskommissar zusammenzuarbeiten, aber lediglich neben ihm und nicht in der Weise, daß der Reichskommissar sein Bevollmächtigter selber als Mitglied der preussischen Staatsregierung auftritt. Die badische Regierung ist der gleichen Meinung.

Was die Stellung der Reichsratsbevollmächtigten anlangt, so legt die badische Regierung auf eine Klärung gerade dieses Punktes — es ist der Punkt 4 der Feststellungsklage — besonderen Wert, da in den nächsten Tagen die Entscheidung über den Reichsratsrundfunk im Reichsrat fallen soll. Stimmen die preussischen Reichsratsbevollmächtigten auf eine Instruktion des Reichskommissars hin, dann ist mit einer Abstimmung zu rechnen, die sich gegen die Länder richtet, und damit würde die Kulturhoheit der Länder praktisch so gut wie erledigt sein.

Man sieht, daß die Feststellungsklage der badischen Regierung wohl überlegt und wohl begründet ist und Ziele verfolgt, die namentlich für uns im Süden außerordentlich bedeutsam sind.

Daß die Reichsverfassung keine Angaben und Vorschriften darüber enthält, in welcher Weise der Reichspräsident im Falle einer Reichserektion gegenüber der davon betroffenen Landesregierung zu verfahren hat, ist schon seit längerer Zeit von allen Staatsrechtlern beklagt worden, und zwar schon seit dem Jahre 1923, als die Reichserektion in Sachsen erfolgte. Damals hat der Reichspräsident den Reichskanzler auf Grund des Artikels 48 ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung „die Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen“. Bekanntlich ist es damals zum äußersten nicht gekommen, weil die Landtagsfraktionen der Regierungskoalition selber den Rücktritt der gesamten Regierung Zeigner beschlossen.

Es lag also auch damals eine Ermächtigung zur Absetzung von Landesministern und Ernennung neuer Minister und Beamten vor, genau so, wie jetzt bei dem Vorgehen gegenüber Preußen. Derartig weitgehende Ermächtigungen einschließlich des Rechts zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten hält aber die badische Regierung für nicht statthaft, und sie wünscht deshalb mit ihrer Klage an den Staatsgerichtshof zu erreichen, daß dieser auch seinerseits dasselbe feststellt.

Die Geschäftsführung des Berliner Rundfunks

Die Untersuchung des Reichspostministeriums

W.D. Berlin, 22. Juli. (Tel.) Das Reichspostministerium hat aus Anlaß der in der Presse gegen den Berliner Rundfunk erhobenen Vorwürfe eine besondere Prüfung der Geschäftsführung vornehmen lassen. Es hat sich gezeigt, daß an einzelnen Stellen nicht durchweg nach den bestehenden Richtlinien verfahren worden ist. Die festgestellten Mängel sind verfolgt worden und werden abgestellt. Ferner ist durch Organisationsänderungen Vorbeuge getroffen, daß sich Anstände dieser Art nicht wiederholen. Dagegen liegen grobe, allgemeine Mißstände, wie sie in einem Teil der Presseveröffentlichungen behauptet worden sind, nicht vor. Die Bezüge des Rundfunkpersonals sind wie vorgeschrieben, gesenkt. Bei der bevorstehenden Neugestaltung des Rundfunks werden die Prüfergebnisse verwertet. Dabei wird namentlich die Behandlung politischer und kultureller Fragen im Programm grundsätzlich neu geregelt.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses. Wie wir hören, hat sich inzwischen Abg. Joos namens der Zentrumsmitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages gleichfalls für die Einberufung des Ausschusses ausgesprochen. Da jetzt Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum und damit die Mehrheit der Ausschussmitglieder für die Einberufung des Ausschusses eintreten, muß der Auswärtige Ausschuss einberufen werden.

Niederbayerische Bauernbündler treten zur NSDAP. über

München, 22. Juli. (Priv.-Tel.) Wie die NSDAP. meldet, sind die Bezirks- und Ortsorganisationen des Bayer. Bauern- und Mittelstandsbundes geschlossen zur niederbayerischen Kreisleitung der NSDAP. übergetreten. Gleichzeitig hat die bauernbündlerische Tageszeitung „Völkische Bauernzeitung“ mit ihren vier Kopflatern ihr Verhältnis zum Bauernbund gelöst und erscheint als nationalsozialistische Tageszeitung.

Bei dem Übertritt handelt es sich, wie später aus Kreisen des Bayer. Bauern- und Mittelstandsbundes mitgeteilt wird, lediglich um die Bezirke Regensburg im bayerischen Wald, während die niederbayerische Kreisleitung des Bauernbundes als solche im Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund verbleibt. Die niederbayerische Kreisleitung des Bauernbundes hat die Führer der übergetretenen Bezirke sofort ausgeschlossen.

Der Konflikt zwischen Paraguay und Bolivien

Washington, 21. Juli. (Tel.) Die Vertreter der fünf neutralen Mächte, die an der südamerikanischen Konferenz in Washington teilnehmen, haben Paraguay und Bolivien telegraphisch gebeten, die Feindseligkeiten einzustellen und einen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

Reichsfinanzminister a. D. v. Schlieffen f. Der frühere Reichsfinanzminister v. Schlieffen ist in der vergangenen Nacht nach einer Operation gestorben. v. Schlieffen war Vorsitzender der Wirtschaftlichen Vereinigung der mitteldeutschen Zuckerrübenzucker.

Der kritische 23. Juli

Änderung der Juni-Notverordnung?

Aus sehr gut unterrichteten Kreisen hören wir, daß sich die Reichsregierung zur Zeit mit dem kritischen Termin des 23. Juli beschäftigt. An diesem Tage werden nämlich auf Grund der Juni-Notverordnung in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge zum erstenmal die gefürzten Sätze gegolten. Die Kürzung ist bekanntlich sehr hoch, sie beträgt rund 23 Prozent. Weiter wird an diesem Termin für die Versicherungen der Arbeitslosenversicherung ebenfalls zum erstenmal die Hilfsbedürftigkeit als Maßstab der Unterstützung in Anwendung kommen.

In der Juni-Notverordnung ist vorgesehen, daß die Arbeitslosenversicherung für den Unterstützungsempfänger 6 Wochen nach Beginn der Arbeitslosigkeit die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit einführt und dieser Termin fällt ebenfalls auf den 23. Juli. Dieser Tag wird also dadurch so kritisch, daß die alten Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge am 23. Juli nicht mehr die alten Sätze, sondern die gefürzten neuen Sätze erhalten.

Von Seiten der Kommunen ist man nun an die Reichsregierung herangetreten, um zu versuchen, diesen Termin zu verschieben. Die Kommunen sind zwar nur mittelbar beteiligt, aber sie befürchten, daß die Unterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge sich dann an die Wohlfahrtsämter wenden werden, indem sie erklären, daß ihre Unternehmungen nicht mehr ausreichen, und daß die Wohlfahrt einspringen müsse. Angesichts der sehr unruhigen Wahlkampfstimmung hat man augenscheinlich Sorgen, daß es bei dieser Gelegenheit zu Unruhen kommt, denn nur wenige Gemeinden werden in der Lage sein, helfend einzuspringen.

Die Reichsregierung scheint den Ernst der Lage nicht zu verkennen und so beschäftigt sich das Reichskabinett auch in diesen Tagen mit der Frage, ob angesichts der besonderen Umstände des Wahlkampfes der Termin der Anpassung der alten an die neuen Sätze und der Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung nicht verschoben werden soll. Es käme etwa eine Verschiebung bis nach den Wahlen in Frage, wodurch aber ein nicht unerheblicher Einnahmeausfall entstehen müßte.

Minister und Parteiführer im Rundfunk

Drei Ministerreden sind für die nächsten Tagen vorgesehen. Freitag, 22. Juli, 19 Uhr, spricht der kommissarische Staatsminister Dr. Bracht, Samstag, 23. Juli, 19 Uhr, spricht der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, und am Dienstag, 26. Juli, 20.05 Uhr bis 20.30 Uhr, spricht der Reichswehrminister General von Schleicher. Sämtliche Reden werden von allen deutschen Sendern übernommen.

Die Parteipolitische Rednerreihe für den Wahlkampf im deutschen Rundfunk eröffnet am Montag, den 25. Juli, der christlich-sozialen Abg. Simpfendorfer und von Hauschild von der Deutschen Landvolkpartei; am Dienstag folgt Minister Dietrich von der Staatspartei und Dr. Pfeiffer oder Schwindt von der Bayerischen Volkspartei; am Mittwoch Dreßow von der Wirtschaftspartei und Dingeldey von der Deutschen Volkspartei; am Donnerstag Eugenberg für die Deutschnationale Volkspartei und Dr. Brüning für das Zentrum. Der erste Vortrag findet regelmäßig von 19 Uhr bis 19.25 Uhr statt, der zweite dauert bis 19.50 Uhr. Am Freitag folgt dann eine Rundfunkübertragung von München her, in der der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, oder der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Strasser, sprechen wird. Am Samstag spricht Otto Wels für die SPD. Die Reihenfolge der Vortragenden wurde paritätisch nach der Größe der Partei vorgenommen.

Nach 5 1/2 Millionen Arbeitslose. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Juli 1932 ist, wie in den Vorjahren, eine Steigerung in der Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten. Am 15. d. M. waren bei den Arbeitsämtern rund 5 492 000 Arbeitslose gemeldet, d. h. um rund 16 000 mehr als Ende Juni. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonarbeitsberufe liegt nach.

Die Zahl der Wohlfahrtsberechtigten in Preußen betrug am 30. Juni 1932 1 552 131, also rund 43 000 mehr als Ende Mai.

Zeitungsverbote. Der Militärbefehlshaber für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg hat das Erscheinen des „Acht- und neunzigsten“ auf die Dauer von 4 Tagen, und zwar für die Zeit vom 22. bis 25. Juli 1932 verboten. Wie W. B. hierzu erzählt, liegen die Gründe für das Verbot in einer Karikatur, die den Reichstanzler an einer besetzten Tafel darstellt, Wein trinkend und dabei Notverordnungen herausgebend. — Die „Note Bahne“ ist auf fünf Tage verboten worden.

Aushebung einer geheimen Kommunistenzentrale. Die politische Abteilung der Oberstadthauptmannschaft Budapest hat nach längeren Beobachtungen ein Geheimbüro der kommunistischen Partei ausgehoben. Sieben Leiter der geheimen Organisation wurden festgenommen; in ihrem Schlupfwinkel fand die Polizei große Mengen belastenden Materials.

Hindenburg beglückwünscht Liebermann. Reichspräsident von Hindenburg sandte an Max Liebermann zu dessen 85. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm.

Freilichtspiele in Mannheim. Nachdem in Mannheim seit 25 Jahren keine Freilichtaufführungen mehr stattgefunden haben, werden in diesem Sommer durch Entgegenkommen der Intendanten des Nationaltheaters während der Theaterferien auf den Mannwiesen Freilichtspiele aufgeführt. Das Spielfeld liegt unter schattigen Bäumen und bietet 2000 Zuschauern Platz. An Aufführungen sind vorgesehen eine historische Revue „Das Jahrmärtsfest von Hundsrücken“ von Goethe, sowie Kindermärchen.

Ghäre von Franz Philipp beim Deutschen Sängerbundesfest. Beim Deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. werden durch den Schulerischen Männerchor Werke von Franz Philipp zur Aufführung gebracht, und zwar die „Folge alemannischer Lieder“ und der „Eichendorff-Johannes“, der dieses Jahr u. a. auch durch den Berliner Lehrergesangsverein von Professor Hugo Hügel zur Erstaufführung in Berlin kam.

Das Konstanzer Stadttheater bleibt bestehen. Die Verhandlungen, das Stadttheater Konstanz weiterzuführen, haben zu einem Erfolg geführt. Die in der Theatergemeinschaft vereinigten Städte Schaffhausen und Winterthur werden eine Reihe von Vorstellungen unter Garantieleistungen abnehmen. Auch Singen und Radolfzell sind dazu entschlossen, der neuen Theater-Union beizutreten. Damit dürfte die wirtschaftliche Basis des Konstanzer Theaterbetriebes ausreichend gesichert sein. Zum Leiter des Theaters ist der bisherige Regisseur und Dramaturg Dr. Erich Weidner vorgesehn. Dr. Weidner hat sich bereit erklärt, mit einem Zuschuß von 10 000 M den Theaterbetrieb sechsmonatlich lang im Winter 1932/33 aufrechtzuerhalten. Die Spielzeit soll im Oktober beginnen und bis zum 15. April dauern. Als Regisseur ist Herr Rang in Freiburg i. Br. auserschnen.

Einheitsstaat ist überlebt

Zu gleicher Zeit, wo in Deutschland der Ruf nach dem Einheitsstaat in wechselnder Gestalt immer wieder auftaucht, schreibt der den alten Formen und auch dem Föderalismus deutschen Stils sicher nicht zugeneigte Präsident des spanischen parlamentarischen Verfassungsausschusses, der Madrider Universitätsprofessor Luis Jimenez de Asua in einer Abhandlung über „Die Verfassung der Spanischen Republik“ in der Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Band III Nr. 2) folgendes über den Einheitsstaat:

„Der typische Einheitsstaat befindet sich seit dem Anfang dieses Jahrhunderts in einer Krise des Unvermögens, da seine Unfähigkeit offenkundig wurde, dem ungeheuren Umfang der ihm zugefallenen Aufgaben zu genügen. Nach dem Krieg haben die internen Beschränkungen internationaler Art und die Forderungen der neuen nationalen Gruppen diese Schwierigkeiten vermehrt und haben zur Ausschaltung der genannten Krise durch Verfassung und Gesetzgebung gezwungen; alle neuzeitlichen Staaten, und sogar das Musterbeispiel des Einheitsstaates, Frankreich, haben sich in die Notwendigkeit versetzt gesehen, mit dem fundamentalen Prinzip ihrer Verfassung zu brechen.“

Und da gibt es deutsche Gelehrte und Politiker, die von einer Zwangsläufigkeit der Entwicklung zum Einheitsstaate sprechen. Wenn hier etwas zwangsläufig ist, dann ist es die Feststellung, daß dem genannten spanischen Gelehrten die Einteilung unserer deutschen Unitarier weniger spanisch als rückständig vorkommen würde.

Das magere Ergebnis von Genf

Unter großer Beteiligung des Publikums und der Presse begann am Donnerstagnachmittag der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz mit der Beratung der Entschliebung, die für den Abschluß des ersten Tagungsabschnittes vorgelegt worden ist. Für die Einzelberatung lagen dem Ausschuss bei Beginn der Verhandlungen eine Reihe von Änderungsanträgen der russischen Delegation vor, die darauf abzielten, den Resolutionsentwurf im Sinne einer wirksamen Abrüstung umzugestalten. Volkstommisnar Litwinow begründete die russischen Anträge.

Der Abrüstungsresolutionsentwurf Benesch ist nicht nur ohne jede Mitwirkung von Deutschland zustande gekommen, sondern darüber hinaus sind die bisherigen Ergebnisse der Konferenz in keiner Weise geeignet, als ein wirklich praktischer Erfolg der Abrüstung angesehen zu werden. Nicht einmal die doch wirklich sehr wichtigen Forderungen Deutschlands sind jetzt in dem Entschliebungsentwurf berücksichtigt worden. Die Frage der Gleichberechtigung wird lediglich in einer vagen allgemein gehaltenen Äußerung auf die lange Bank geschoben. Daneben enthält die Resolution Bestimmungen, die mit den Entwurfsbestimmungen des Versailler Vertrages nicht in Einklang zu bringen sind. Auch bleibt die Frage offen, ob für Deutschland in Zukunft nun der Versailler Vertrag oder die Bestimmungen der Wiener Resolution maßgebend bleiben soll.

Die deutsche Delegation hat sich an dieser hoffnungslosen Debatte über die einzelnen Punkte nicht beteiligt und schon damit zum Ausdruck gebracht, was sie von dieser für uns unblutbaren Resolution hält. An der Abstimmung über die einzelnen Kapitel wird die deutsche Delegation demgemäß auch nicht teilnehmen.

Die britische Reichskonferenz eröffnet

Die Reichswirtschaftskonferenz 1932, die die Vertreter des britischen Mutterlandes und aller Dominionen im heutigen Sinn, Canada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Irischer Freistaat, Neufundland, Indien und Südschlesien, zu einer der bedeutendsten Beratungen in der Geschichte des britischen Weltreiches vereinigt, wurde am Donnerstagsvormittag 11 Uhr im Unterhaus des kanadischen Parlamentes zu Ottawa mit großer militärischer und ziviler Prachtentfaltung eröffnet.

Die Führer der Delegation legten die Politik der von ihnen vertretenen Reichsteile dar, an erster Stelle Baldwin, dessen Rede — naturgemäß die wichtigste — im Namen der britischen Regierung die Ziele der Konferenz erörterte. Er forderte die Aufhebung der Handelsbeschränkungen, wie Kontingentierung und Devisenbeschränkung, auch forderte er die Lösung der Reparations- und Schuldenfrage sowie die Herabsetzung von Steuern und Zinsfuß. Der völlige Freihandel unter den Reichsteilen werde allerdings nicht möglich sein.

Absolute Regierungsmehrheit in Rumänien

Nach den Ergebnissen der rumänischen Kammerwahlen entfallen von den 887 Kammermandaten 800 auf die Regierungspartei (die National-Rumänische, D. Red.) Die Liberale Partei folgt unmittelbar mit 22 Sitzen. Die Liberalen haben vor allem in der Hauptstadt sehr gut abgeschnitten und etwa das Doppelte der nationalrumänischen Stimmen erlangt. Georg Bratianu mit seiner Liberalen Dissidenten-Partei folgt mit 10 Sitzen. Die Bauernpartei Dr. Lupus, die einen großen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hat, erlangte 14 Mandate. Boga, der sich vor kurzer Zeit von Averescu trennte, wird wahrscheinlich 7 oder 8 Abgeordnetensitze erlangen, während Marschall Averescu selbst überhaupt kein Abgeordnetensitz erlangte. Die Sozialdemokraten haben gleichfalls Stimmenzuwachs zu verzeichnen und dürften ihre Mandatszahl auf 6 erhöhen. Die beiden rechtsradikalen Parteien, die Antisemitenliga und die Eisernen Garde, haben nicht in so großem Ausmaß an Woten gewonnen, wie es anfangs schien, sie dürften etwa 6 Mandate erlangt haben. Die Ungarische Partei dürfte mit ungefähr 5 Abgeordneten vertreten sein. Die Deutsche Partei, die mit der Regierung im Wahlbündnis war, dürfte 12 Mandate erringen. Viel bemerkt wird der vollständige Mißerfolg der bisherigen Regierungspartei Jorga; die nationale Union wird im kommenden Parlament überhaupt nicht vertreten sein.

Dem französisch-englischen Vertrauenspakt ist die jugoslawische Regierung beigetreten.

Grandi Votischer in London. Der bisherige italienische Außenminister Grandi ist zum Votischer in London ernannt worden. Der gegenwärtige italienische Votischer in Ankara, Baron Aloisi, wurde zum Kabinettschef Mussolinis im Auswärtigen Amt ernannt.

Belagerungszustand in Bolivien. Infolge der Zunahme der Volkskündgebungen gegen Paraguan ist der Belagerungszustand in ganz Bolivien verhängt worden.

Das Handwerk fordert

Das Gesamtprogramm fertiggestellt

In mehr als halbjähriger Arbeit ist jetzt ein zu allen wirtschaftlichen und politischen Fragen stellungnehmendes Gesamtprogramm des deutschen Handwerks fertiggestellt worden, dessen wichtigste Forderungen wir hier veröffentlichen können. Es war nicht leicht, in dem Ausschuss, dem die Ausarbeitung des Programms oblag und der sich aus Vertretern der Kammer, der Reichsverbände, der Gewerbevereine, der Handwerkerbünde und der gewerblichen Genossenschaften zusammensetzt, dieses Programm, das sich der Reichsverband des deutschen Handwerks zu eigen gemacht hat, auf eine gewisse einheitliche Grundlinie zu bringen, denn selbstverständlich zeigen sich auch im Handwerk die Gegensätze, die das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands zerreißt.

Der achte Teil des Deutschen Volkes lebt in der Handwerkswirtschaft und eine weitere Millionensicht von Handwerkern arbeitet in den verschiedensten Industriezweigen, wie auch in der Landwirtschaft, so daß schon durch diese Zahlen dem neuen Programm die größte Bedeutung zukommt. Im einzelnen wird in dem Programm auf der Grundlage der Anerkennung der Privatwirtschaft Förderung einer dezentralisierten Gütererzeugung und -verteilung unter Ablehnung der ungeordneten Konzentrationspolitik der Nachkriegszeit verlangt. Der Reichsverband des deutschen Handwerks lehnt Vortreibungen auf einen völligen Abschluß der deutschen Volkswirtschaft vom Auslande ab, er ist also gegen eine radikale Autarkie, wenn er auch für den Notfall die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln usw. als notwendig anerkennt.

Sehr wichtig gerade im politischen Kampf ist weiter die Ablehnung aller Versuche, eine Binnenwährung zu schaffen, während die Stabilität der Währung unbedingt gefordert wird. Die seit Kriegsende insbesondere von privaten Banken eingeschlagene Richtung der Kreditpolitik wird abgelehnt und ein grundsätzlicher Wandel verlangt im Sinne einer organisch gefunden und in den Zinsfuß tragbaren Kredit-Organisation. Ein Recht des Staates zur Ordnung des Kreditwesens bei Verdrängung aller dezentralisierenden Momente wird aber grundsätzlich anerkannt. Unter der Fülle von Einzelvorstellungen sei u. a. noch erwähnt, Förderung des Kleinhandels und Pflege des Althandels, Auflockerung der Kartelle und Konzerne, Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Das sehr umfassende Programm des Handwerks schließt mit einer Reihe von grundsätzlichen Forderungen. Nachdrücklich wird eine Verfassungs- und Verwaltungsreform verlangt, damit die eigenständigen Kräfte im Volkstörper stärker gepflegt werden können. Die bisherige berufliche Selbstverwaltung, die durch keine andere gearteten Formen ersetzt werden dürfte, soll aber weiter ausgebaut werden, und zwar indem jeder selbständige Handwerker zur Teilnahme am Aufbau des sachlichen Zusammenhanges verpflichtet ist, während die Mitarbeit der Arbeitnehmer an der beruflichen Selbstverwaltung über die bestehende Regelung der Gewerbeordnung hinaus zu sichern ist. Die Arbeits- und Lohnbedingungen sollen im übrigen an Stelle der Zwangslohnpolitik eine berufstätige Regelung erfahren, wie überhaupt der berufstätige Charakter die Grundlage des ganzen Programms bildet.

Verhaftungen in Berlin

Heimannsberg, Enke und ein Reichsbannermitglied

OB. Berlin, 22. Juli. (Priv.-Tel.) Der ehemalige Kommandeur der Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, Polizeimajor Enke und das Mitglied des Reichsbanners Carlbergh wurden heute früh in Ost genommen wegen dringenden Tatverdachts der Zuwiderhandlung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932. Die Angelegenheit wird nach den gesetzlichen Bestimmungen weitergehandelt.

Wir erfahren hierzu noch folgendes: Gegen 4 Uhr früh erschien ein Reichswehrcapitän mit vier Soldaten im Polizeipräsidium, forderte zwei Beamte der Abteilung I an und verlangte zur Wohnung des Polizeikommandeurs Heimannsberg und zu der des Polizeimajors Enke geführt zu werden. Er hatte einen Ausweis des Militärbesitzhabers bei sich. Dem Ersuchen wurde stattgegeben. Um 4.55 Uhr hat Polizeikommandeur Heimannsberg seine Wohnung, die im Polizeiamt Schöneberg liegt, um 5.45 Uhr Polizeimajor Enke seine Wohnung verlassen, jeweils in Begleitung der Reichswehr. Die Verhafteten wurden in die Militärarrestanstalt nach Moabit gebracht.

Das verhaftete Mitglied des Reichsbanners, Carlbergh, ist, wie wir erfahren, Vorsitzender des Ortsvereins Charlottenburg des Reichsbanners und gehört außerdem dem Bauortstand an, bekleidet also eine der wichtigsten Funktionen im Reichsbanner. Der ebenfalls verhaftete Major Enke steht zu Carlbergh in freundschaftlichen Beziehungen und ist, wie aus Kreisen des Reichsbanners mitgeteilt wird, ebenso wie Oberst Heimannsberg, Mitglied des Reichsbanners.

Das Defizit in der Schweizerischen Bundesverwaltung. Der Überschuss der Einnahmen des Bundes über die Ausgaben, der im ersten Halbjahr 1931 43 Millionen Schweizer Franken betragen hatte, beläuft sich im ersten Semester 1932 auf 19,5 Millionen Schweizer Franken, ist also um 23,5 Mill. geringer als letztes Jahr. Da die Militärausgaben zum großen Teil auf das zweite Halbjahr fallen, und das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben dadurch bis zum Jahresabschluss umgekehrt sein wird, kündigen diese Zahlen ein starkes Defizit für 1932 an.

Die Sonderkommission für internationale landwirtschaftliche Zusammenarbeit hat in Lausanne am Donnerstag unter Vorsitz von Rindetas (Brag) einen lebhaften Meinungsaustausch über den genossenschaftlichen Getreidehandel vorgenommen. Brandes, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsverbandes, gab dabei seiner Auffassung über die landwirtschaftliche Krise in Deutschland Ausdruck.

Kleine Chronik

Heute vormittag 11 Uhr ist nach langem Warten auf günstigeres Wetter, Wolfgang v. Gronau mit seinem „Grönländ-Wal“ zum Fernflug nach Nordamerika gestartet. Neben seinem Bordmonteur Franz Had und seinem Vorflunker Fritz Albrecht, die ihn beide schon bei seinen drei Atlantikflügen 1930 und 1931 begleitet haben, befindet sich noch als zweiter Flugbegleiter Gerd v. Roth an Bord.

Mit der Übergabe des Bundesbanners im historischen Kaiserfalk des Römers zu Frankfurt a. M. hat das 11. Deutsche Sängerbundesfest seinen Anfang genommen, wozu sich die Spitzen der deutschen Sängerschaft und der Frankfurter Verbände sowie die Vertreter der auslanddeutschen Sängerbünde zur Bannübergabe versammelt hatten.

Auf den D-Bug 89 Hannover-Berlin wurde auf der Station Königsplatz von einem unbekanntem Täter ein Schuß abgegeben. Das Geschöß zertrümmerte ein Fenster des Speisewagens. Reisende wurden nicht verletzt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Neuwahl des Reichstags.

Gemäß § 82 der Reichstimmordnung gebe ich nachstehend die vom Reichswahlkreis des 32. Reichstagswahlkreises (Baden) für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 in der öffentlichen Sitzung vom 16. Juli 1932 zugelassenen Kreiswahlvorschläge bekannt:

1. Kreiswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

1. Dr. h. c. Remmele Adam, Geschäftsleiter, Mannheim, Tullastr. 14.
2. Roth Ernst, Redakteur, Mannheim, Schwarzwalddir. 13.
3. Meier Stefan, Kaufmann, Freiburg, Merianstr. 9.
4. Veit Hermann, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Akademiestr. 17.
5. Amann Josef, Parteisekretär, Heidelberg, Pfaffengrundstr. 72.
6. Rohmann Albert, Schriftleiter, Pforzheim, Habermehlftr. 13.
7. Wehner Martha, Hauptlehrerin, Mannheim, Almenhof 4.
8. Großhans Karl, Schriftleiter, Konstanz, Duffenstr. 43.

2. Kreiswahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung).

1. Wagner Robert, Schriftsteller, Karlsruhe, Kriegsstr. 93.
2. Roth Robert, Landwirt und Zimmermann, Lieboldsheim, Bäckelstr. 33.
3. Rupp Johannes, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Viebigstr. 8.
4. Rubin Hanns, Schriftleiter, Freiburg, Dreifönigstr. 23.
5. Weigel Otto, Ingenieur, Heidelberg, Mozartstr. 20.
6. Huber Ludwig, Hofbauer, Nbad (Schwarzhof).
7. Ziegler Willy, Arbeiter, Heidelberg, Römest. 21.
8. Helwig Hans, Kangleassistent, Hemsbach, Mathenaust. 2.
9. Blatner Friedrich, Bau-Betriebsstellenleiter, Friedrichstal i. B., Hauptstr. 43.
10. Hug Wilhelm, Forstrat, Fesetten i. B., Forsthaus.
11. Ulmer Adalbert, Schmied und landwirtschaftlicher Arbeiter, Reicholzheim.
12. Frombacher Kuno, Stadtbibliothekar, Baden-Baden, Augustplatz 1.
13. Bender Otto, Landwirt, Eichersheim.
14. Dr. Stäbel Oskar, Dr.-Ingenieur, Karlsruhe, Klauereckstr. 3.
15. Boggs Wilhelm, Regierungsinspektor, Karlsruhe, Kirchstr. 115.
16. Maier Karl, Landwirt, Kappelrodt, Bernhardshöfe 353.
17. Voos Reinhard, Profurist, Dörrach, Kreuzstr. 115.
18. Geiger Wilhelm O., Landwirt, Siebhad.
19. Keil Vinzenz, Gutsinspektor, Hufsch-Überlingen.
20. Dr. med. Raffeser Theodor, Facharzt, Heidelberg, Bergstr. 59.
21. Kemper-Friedhelm, Betriebsleiter, Karlsruhe, Waldstr. 36.
22. Dr. Roth Reinhold, Chemiker, Mannheim, Bismarckplatz 17.
23. Werber-Paul Lambert, Korvettenkapitän a. D., Freiburg, Marktstr. 25.
24. Schö Wilhelm, Beckmeister, Tenningen.
25. Dettler Heinrich, Landwirt, Adelshofen.
26. Odenwälder Karl, Maschinenschlosser, Ziegelhausen a. N.

3. Kreiswahlvorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1. Remmele Hermann, Berlin, Luisenparkstr. 47.
2. Doll Franz, Heidelberg, Bahnhöfstr. 15.
3. Chemnitz Walter Rudolf, Dörrach, Wilhelmstr. 14.
4. Eder Erwin, Berlin-Neudölln, Steinmehlftr. 58.
5. Uhrig Pius, Bittersdorf, Hauptstr. 302.
6. Gessler-Beckh Gertha, Mannheim, Gumboldtstr. 5.
7. Schlemmann Karl, Mannheim, Mughbächerstr. 1.
8. Wallendorf Philipp, Weinheim, Hauptstr. 47.
9. Siebig Hermann, Neckarhausen, Hauptstr. 135.
10. Keger Frieda, Karlsruhe, Jähringerstr. 15.
11. Meißel Anton, Sigen a. S., Gartenstr. 12.
12. Maulbeisch Georg, Mannheim, U. 8. 25.
13. Engl Georg, Freiburg, Markgrafenstr. 12 c.
14. Schmidt August, Stodach, Winternpöckstr. 45.
15. Bäß Richard, Offenburg, Katernpöckstr. 9.
16. Dreißig Frieda, Mannheim, T. 6. 10.
17. Schräpp II Eugen, Philippsburg, Udenheimerstr. 29.

4. Kreiswahlvorschlag der Badischen Zentrumspartei.

1. Dr. Föhr Ernst Gottlieb, Diözesanpräses, Freiburg i. Br., Schwimmbadstr. 21.
2. Dr. Schmitt Josef, Staatspräsident, Karlsruhe, Veiertheimer Allee 16 A.
3. Erising Josef, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, Klosestr. 17.
4. Diez Carl, Landwirt, Rodolfszell, Jaspstr. 5.
5. Dr. Hadelberger Albert, Fabrikant, Ostlingen (Weilhof).
6. Siebert Clara Maria geb. Ritter, Ehefrau, Karlsruhe, Volkstr. 65.
7. Damm Anton, Landwirt und Bürgermeister, Wagenheim.
8. Koll Peter Alois, Bauunternehmer, Mannheim, Schmiedgasse 7.
9. Heurich Fridolin, Staatsrat, Karlsruhe, Redarstr. 46.
10. Bohmert Wilhelm, Bürgermeister, Ottenhöfen, Hufsteinstr. 46.
11. Braun Josef, Reichsbahninspektor, Konstanz, Zafusstr. 33.
12. Haas Emma geb. Knapp, Ehefrau, Freiburg i. Br., Erwinstr. 39.
13. Ziegler Kaver, Landwirt, Oberkirch, Wolfhagerstr. 26.
14. Kühn Mattheus, Oberregierungsrat, Karlsruhe, Kirchstr. 102.
15. Dengler Adalbert, Geschäftsführer, Neustadt i. Schw., Dennenbergstr. 4.
16. Dr. Seiterich Ludwig, Stadtrichter, Karlsruhe, Englerstr. 8.
17. Baur Wilhelm, Chefredakteur, Karlsruhe, Rudolfstr. 15.
18. Duffner Josef, Gutsbesitzer, Furtwangen, Marktplatz 15.

5. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden).

1. Dr. Hanemann Alfred, Vamgerichtsdirektor, Heidelberg, Blumenstr. 13.
2. Mahla Heinrich, Fabrikant, Pforzheim, Velforstr. 9.
3. Jenne Friedrich, Landwirt und Gemeinderat, Eichersheim, Hauptstr. 1.
4. Frisch Georg, Maschinenarbeiter, Gaggenau, Hauptstr. 79.
5. Richter Johanna, Oberzahlmeisterswitwe, Heidelberg, Jungstr. 38.
6. Lang Ferdinand, Glasmeister und Stadtrat, Karlsruhe, Akademiestr. 27.
7. Seig Dr. Theodor, Gouverneur a. D., Baden-Baden, Schützenstr. 11.
8. Stump Ludwig, Oberpostsekretär und Stadtrat, Konstanz, Schötenstr. 67.
9. Mayr Frau Sofie, Arbeiterin, Pforzheim, Ostliche Karl-Friedrichstr. 33.
10. Kleuler Friedrich, Landwirt, Oberprechtal (Amt Waldkirch), Gammelsdorf, Haus 268.
11. Heiner Robert, Professor, Offenburg, Wilhelmstr. 18.
12. Freiber Albert, Landwirt, Sodenheim, Freiburger Str. 6.
13. Gantner Robert, Hauptlehrer, Bretten, Melanckonstr. 33.

14. Wüst Friedrich, Handlungsgehilfe, Mannheim, R. 3. 1.
15. Schmittbender Dr. Paul, Privatdozent, Heidelberg, Kronprinzenstr. 10.
16. Bühler Dr. Ernst Christof, Verlagsleiter und Stadtrat, Freiburg i. Br., Jakobstr. 45.
17. Bauer Theodor Georg, Oberregierungsrat, Oberstleutnant a. D., Karlsruhe, Welfenstr. 4.

6. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei.

1. Dr. jur. Papf Albert, Rechtsanwalt, Geheimrat, Justizrat, Heidelberg, Erwin-Rohde-Str. 10.
2. Brigner Heinrich, Wagnermeister und Landwirt, Brühl (Amt Mannheim), Kirchgstr. 1.
3. Dr. Nefer Ludwig Gotthard, Professor, Offenburg, Hauptstr. 15.
4. Adam Emil, kaufmännischer Angestellter, Waldshut, Waldeckstr. 29.
5. Dr. Walther Ilse, Professorin, Freiburg i. Br., Marktstr. 53.
6. Bauer Otto, Fabrikant, Pforzheim, Panorama-Allee 9.
7. Dr. Walter Florian, Rechtsanwalt, Mannheim, Richard-Wagner-Str. 23.
8. Dr. Mattes Wilhelm, Finanzminister, Karlsruhe, Schloßplatz 11.

7. Kreiswahlvorschlag der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.

1. Ballmann Carl Josef, Kaufmann, Kaiserslautern (Pfalz), Marktstr. 32.
2. Spielmann Josef, Drogeriebesitzer, Freiburg i. Br., Wilhelmstr. 17.
3. Delfer Karl, Kaufmann, Pforzheim, Güterstr. 21.
4. Willei Robert, Architekt, Karlsruhe, Adlerstr. 22.
5. Gänger Georg, Drehermeister, Bruchsal, Stadtgrabenstr. 17.
6. Späth Markus, Hotelbesitzer, Willingen, Widenstr. 2.

8. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Staatspartei.

1. Dietrich Hermann, Reichsminister a. D. und Hofbesitzer, Wildgutach.
2. Fischer Konrad, Zimmermeister, Handwerkskammerpräsident und Landtagsabgeordneter, Konstanz, Gartenstr. 42.
3. Kromer Emma, Hausfrau, Ziegelhausen, Schulbergweg 4.
4. Gräflin Wilhelm, Lehrer, Vorsitzender der badischen Jungdemokraten, Mannheim, Kobellstr. 27.
5. Sügle Karl, Landwirt und Landtagsabgeordneter, Wahlwies (Amt Stodach).
6. Seidenreich Karl, Buchdrucker, Königsbach, Luisestr. 3.
7. Sempel Kurt, Geschäftsführer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Pforzheim, Frankstr. 49.
8. Freudenberg Richard, Fabrikant, Weinheim, Lühelschajener Str. 24.

9. Kreiswahlvorschlag des Deutschen Landvolkes.

1. Schultheiß I Emil, Landwirt, Dennenweiser-Frohnbach.
2. Baur Georg, Gutsbesitzer und Pächter, Dittersheim (Sagan-Land).

10. Kreiswahlvorschlag Evangelischer Volksdienst.

1. Simpfendörfer Wilhelm, Reallehrer und M. d. N., Korntal, Neufelderstr. 12.
2. Schmechel Dr.-Ing. Max, Architekt und M. d. N., Mannheim, Kalmplatz 1.
3. Schneider Hermann, Kaufm. Angestellter, Konstanz, Gerichtsgasse 1.
4. Sattler Hermann, Mechaniker, Dörrach, Bergstr. 18.
5. Eder Ludwig, Landwirt, Lieboldsheim, Bäckelstr. 64.
6. Hügel Daniel, Oberfeuersekretär, Willingen, Nietheimer Str. 3.
7. Wirth Oskar, Schlosser, Freiburg, Konradin-Kreuzer-Str. 13.
8. Bollert Georg, Justizoberinspektor, Pforzheim, Friedenstr. 65.
9. Henn Ernst, Gemeinl. Fortbildungshauptlehrer, Adelsheim.
10. Schön Johann, Schreinermeister, Bad Rappenau.
11. Honeder Georg, Buchdrucker, Laß, Friedensheim 7.
12. Kühnle Karl, Schreinermeister, Weingarten, Wurgstr. 1.
13. Konninger Wilhelm, Landwirt, Gemmingen.
14. Dorwardt Friedrich, Kassendirektor, Bretten, Bismarckstr. 11.
15. Masch Alfred, Professor, Dr. Kehl, Schulstr. 64.
16. Spödrer Karl, techn. Reichsbahnsekretär, Waldshut, Bahnhöfstr. 2.
17. Kies Carl, Forstsekretär, Bruchsal, Schloßstr. 33.
18. Wegger Karl, Religionslehrer, Durlach, Zurnbergstr. 7.
19. Berggöb Heinrich, Finanzinspektor und M. d. V., Durlach, Uhlendstr. 3.
20. Gwald Philipp, Gerichtsverwalter und M. d. V., Mannheim, Grabenstr. 15.
21. Kroenlein Eugen, Stadtoberrechnungsrat und M. d. V., Karlsruhe, Marktgrafenstr. 47.

11a. Kreiswahlvorschlag der Volksrecht-Partei.

1. Bauer Wolf, Oberschulrat, Stuttgart, Hölberlinstr. 57.
2. Deichsel Heinrich, Stadtrat und Architekt, Pforzheim, Gärtenweg 43.
3. Brink Friedrich, Justizrat, Berlin-Tempelhof, Albrechtstr. 100.
4. Leuffert Olga geb. Jansen, Beamtenswitwe, Harburg-Wilhelmsburg, Kapellenweg 43.
5. Dr. Schötenjak Otto, Rechtsanwalt, Heidelberg, Blumenstr. 1.

12. Kreiswahlvorschlag der Deutschen Bauernpartei.

1. Dr. Febr Anton, Minister a. D., Freising (Oberbayern).

17. Kreiswahlvorschlag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

1. Seydewitz Max, Redakteur, Berlin N, Behnstr. 1.
2. Ritter Jakob, Metallarbeiter, Mannheim, Alphonstr. 43.
3. Seilig Theodor, Schlosser, Heidelberg, Wittermaierstr. 29.
4. Gänger Willibald, Schlosser, Karlsruhe, Leopoldstr. 19.
5. Eder Max, Eisenarbeiter, Durlach, Kaiserwiesenstr. 12.

21. Kreiswahlvorschlag Polenliste.

1. Dr. Domanski Boleslaus, Farmer, Jatzewo, Pcs. Platon (Grenzmarkt).
2. Dr. Kaczmarek Jan (Johann), Hauptgeschäftsführer, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 130 B.
3. Olejniczak Johann, Bergmann, Gelsenkirchen-Mottshausen, Zechenstr. 12.
4. Kwiatkowski Marian, Redakteur, Detne i. W., Bahnhöfstr. 76/75.

24. Kreiswahlvorschlag der Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

1. Bürgi Richard, Landwirt, Freiburg-Gaslach, Gutleutstr. 32.
2. Scherer Karl, Friseur, Mannheim, Stockhornstr. 55.
3. Ruf Wilhelm, Landwirt, Wies.
4. Hellriegel Sophie, Hausfrau, Mannheim, Sedenheimer Str. 96.
5. Müller Heinrich, Dreher, Mannheim, T. 6. 14.
6. Jodel Karl, Fabrikarbeiter, Mannheim, Mittelstr. 140.
7. Riehm Hermann, Angestellter, Mannheim, Erlenstr. 21.

8. Kirschbaum Artur, Schlosser, Mannheim-Waldhof, Waldstr. 103.
9. Gary Adolf, Dreher, Mannheim-Waldhof, Westring Nr. 42.

26. Kreiswahlvorschlag der FFD, Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot — gegen Lohn-, Gehalts-, und Renten Kürzungen — für Arbeitsbeschaffung.

1. Müller-Hagen Kurt, Schriftleiter, Stuttgart, Rosenstr. 15 b.
2. König Rudolf, Schulleiter, Maltwitz bei Dösch.
3. Brendler Hans, Mechaniker, Schwab. Gmünd, Kapellgasse 7.
4. Feuerlein Lorenz, Naturheilpraktiker, Stuttgart, Cottastr. 10.

28. Kreiswahlvorschlag der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich-radikale Volksfront.

1. Heller Vitus, Schriftleiter, Würzburg, Wolfstr. 3.
2. Reiser Erich, Maschinenfabrik, Neustadt i. Schw., Poststr. 19.
3. Gindels Peter Paul, Tapeziermeister, Mannheim A. 3. 4.
4. Spitzmüller Josef, Bäcker und Landwirt, Diersburg, Amt Offenburg.
5. Ruf Josef, Fabrikarbeiter, Steinbach-Seelbach, Amt Lahr.
6. Morath Theodor, Mechaniker, Freiburg i. Br., Marktstr. 9.
7. Rausle Oskar, Fabrikarbeiter, Volktershausen, Amt Stodach.
8. Jülg Gustav, Kaufm. Angestellter, Karlsruhe, Augartenstr. 85.
9. Heinemann Emil, Landwirt, Biengen, Amt Staufen, Obere Ledergasse.
10. Kern Wilhelm, Tagelöhner, Unterharmersbach (Steinruden).

29. Kreiswahlvorschlag der Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten.

1. Vital Hans, Journalist, Berlin SO 36, Adalbertstr. 93.
2. Jochens Anton, Bäckermeister, Berlin S 42, Gitschinerstr. 80.
3. Stoinfi Franz, Schaffner, Berlin S 42, Brinzenstr. 109.
4. Wittow Otto, Eigentümer, Berlin SO 36, Mariannenstr. 37.
5. Schülke Armin, Kaufm. Angestellter, Berlin S 42, Wassertr. 61.

30. Kreiswahlvorschlag der Nationalsozialistischen Kleinrentner, Inflationsgeschädigten und Vorkriegsgeldbesitzer.

1. Beer Hans, Verleger, Berlin-Gichterfelde, Berliner Str. 124.
2. Preußner Erich, Verleger, Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 16 a.
3. Sielmann Gustav, Rentner, Berlin O, Münchebergstr. 10.

31. Kreiswahlvorschlag der Freiwirtschaftsbewegung FFF.

1. Diebold Ferdinand, Studienrat, Amberg, Wingershofstr. 2.
2. Reidel Hugo, Oberingenieur, Stettin, Friedrich-Ebert-Str. 22.
3. Kraß Hugo, Buchdrucker, Obergelbe, Kr. Gimmersbach.
4. Müller Konrad, Klempnermeister, Freiburg i. Br., Kernerstr. 4.

Die Vertrauensmänner der sämtlichen bei mir eingereichten und vom Wahlausschuss zugelassenen Wahlvorschläge für den 32. Reichstagswahlkreis haben rechtzeitig die Erklärung abgegeben, daß die Reststimmen ihres Wahlvorschlages einem Reichswahlvorschlag zugurechnen sind.

Hiernach sind angeschlossen:

1. Der Kreiswahlvorschlag 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
2. Der Kreiswahlvorschlag 2 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung) dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
3. Der Kreiswahlvorschlag 3 der Kommunistischen Partei Deutschlands dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
4. Der Kreiswahlvorschlag 4 der Badischen Zentrumspartei an den Reichswahlvorschlag der Deutschen Zentrumspartei.
5. Der Kreiswahlvorschlag 5 der Deutschen Nationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) an den Reichswahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei.
6. Der Kreiswahlvorschlag 6 der Deutschen Volkspartei an den Reichswahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei.
7. Der Kreiswahlvorschlag 7 der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V. an den Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei.
8. Der Kreiswahlvorschlag 8 der Deutschen Staatspartei dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
9. Der Kreiswahlvorschlag 10 des Deutschen Landvolkes an den Reichswahlvorschlag der Deutschen Nationalen Volkspartei.
10. Der Kreiswahlvorschlag 11 des Evangelischen Volksdienstes an den Reichswahlvorschlag des Christlich-sozialen Volksdienstes (Evangelische Bewegung).
11. Der Kreiswahlvorschlag 11a der Volksrecht-Partei an den Reichswahlvorschlag des Christlich-sozialen Volksdienstes (Evangelische Bewegung).
12. Der Kreiswahlvorschlag 12 der Deutschen Bauernpartei dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
13. Der Kreiswahlvorschlag 17 der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands an den Reichswahlvorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands.
14. Der Kreiswahlvorschlag 21 der Polenliste an den Reichswahlvorschlag: Nationale Minderheiten in Deutschland.
15. Der Kreiswahlvorschlag 24 der Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
16. Der Kreiswahlvorschlag 26 der FFD, Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot — gegen Lohn-, Gehalts- und Renten Kürzungen — für Arbeitsbeschaffung dem Reichswahlvorschlag dieser Partei.
17. Der Kreiswahlvorschlag 28 der Arbeiter- und Bauernpartei Deutschlands, Christlich-radikale Volksfront an den Reichswahlvorschlag der Kommunistischen Partei Deutschlands.
18. Der Kreiswahlvorschlag 29 der Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten an den Reichswahlvorschlag der Bayerischen Volkspartei.
19. Der Kreiswahlvorschlag 30 der Nationalsozialistischen Kleinrentner, Inflationsgeschädigten und Vorkriegsgeldbesitzer an den Reichswahlvorschlag der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung).
20. Der Kreiswahlvorschlag 31 der Freiwirtschaftsbewegung FFF an den Reichswahlvorschlag der Freiwirtschaftlichen Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).

Die Reichswahlvorschläge, welchen hiernach Wahlvorschläge aus dem 32. Reichstagswahlkreis angeschlossen sind, wurden nach der Bekanntmachung des Reichswahlleiters vom 19. Juli 1932 in folgender Fassung zugelassen:

Reichswahlvorschlag Nr. 1.

- Parteizeichnung: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
1. Wels Otto, Parteivorstand, Berlin-Friedrichshagen, Rahnsdorfer Straße 23.
 2. Crispian Arthur, Parteivorstand, Berlin-Zehlendorf, Hochwildpfad 2.
 3. Vogel Johann, Parteivorstand, Berlin-Friedrichshagen, Turmalitee 1.
 4. Del Breitscheid Rud., Schriftleiter, Berlin-Schöneberg.

- Saberlandstr. 5.
5. Dr. Gilderding Rud., Schriftsteller, Berlin W 15, Lieben-
burger Straße 51.
6. Judacz Marie, Parteisekretärin, Berlin-Köpenick, Alie-
Dahlwitzer Straße 83.
7. Landsberg Otto, Rechtsanwalt, Berlin-Wilmersdorf,
Schaperstr. 21.
8. Mittmann Wilhelm, Schriftsteller, Berlin-Zehlendorf,
Geimat 49 b.
9. Reiche Fran Johanna, Hamburg, Iferstr. 14.
10. Stämpfer Friedrich, Schriftsteller, Berlin-Tempelhof,
Hohenzollernstraße 18 c.
11. Dr. h. c. Marum Ludwig, Rechtsanwalt, Karlsruhe (Ba-
den), Wendstr. 3.
12. Scheffel Franz, Verbandsvorsitzender, Berlin-Nußleben,
Brombeerweg 15.
13. Tarnow Fritz, Verbandsvorsitzender, Berlin-Lichterfelde-
West, Margaretenstr. 22 B.
14. Dr. Böker Hans, Gewerkschaftsangehöriger, Berlin-Görlitz,
Lamp, Ziladenweg 84.
15. Zepfel Max, Oberpostsekretär, Breslau 21, Hochwaldr. 13.
16. Rühl Tom, Hauptlehrerin, München, Kaufhofstr. 12-9 V.
17. Bernhard Nikolaus, Verbandsvorsitzender, Berlin-Pankow,
Polomitenstr. 95.
18. Etelling Johannes, Vorstandsmitglied, Berlin-Köpenick,
Dahlwitzer Str. 86.
19. Etindlen Daniel, Reichskommissar, Berlin-Lichterfelde
Hefelstr. 9.
20. Gellart Cornelius, Bundesvorsitzender, Leipzig S 3, Elisen-
str. 127.
21. Rolenske Carl, Gewerkschaftssekretär, Berlin-Treptow,
Nieshofstr. 367.
22. Sievers Max, Verbandsvorsitzender, Berlin-Neutölln,
Sachsenheide 76.
23. Simon Josef, Verbandsvorsitzender, Nürnberg N, Ziegel-
steinstr. 106.
24. Pfänder Christoph, Verbandsvorsitzender, Berlin-Köpenick,
Straße im Walde 2.
25. Karl Albin, Verbandsvorsitzender, Hannover, Epilberstr. 2.
26. Schiff Victor, Redakteur, Berlin-Tempelhof, Kaiserstraße 1.
27. Scherzinger Bernh., Postfachbesitzer, Berlin-Steglitz, Mar-
kellstraße 31.
28. Schiffgens Luise, Berlin SW, Jorkstr. 10.
29. Grolacher Leonhard, Bezirksleiter, München, Bettendorfer-
straße 10 a. o.

Reichswahlvorschlag Nr. 2.

- Partei-Bezeichnung: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-
Partei (Hitlerbewegung).
1. Dr. Frid Wilhelm, Regierungsrat, München, Herzog-
Rudolf-Straße 86 II.
 2. Straßer Gregor, Apotheker, München, Gabsburger Str. 3.
 3. Dr. Goebels Josef, Schriftsteller, Berlin, Reichstags-
platz 3.
 4. Ritter von Epp Franz, Generalin. a. D., München, Bauer-
straße 86 I.
 5. Göring Hermann, Hauptmann a. D., Berlin, Kaiser-
damm 34.
 6. Feder Gottfried, Dipl.-Ing., Murnau.
 7. Stöhr Franz, Handl.-Gehilfe, Berlin-Steglitz, Riederstr. 1.
 8. Rosenberger Alfred, Hauptschriftleiter, München, Ansprenger-
straße 10 I.
 9. Graf zu Reventlow Ernst, Schriftsteller, Potsdam,
Gr. Weinmeisterstraße 62.
 10. Fiel Konstantin, Oberst a. D., München, Arnulfstraße
216 II.
 11. Buch Walter, Major a. D., Colln, Volkshausstr. 38.
 12. Magges Dietrich, Minister, Braunschweig.
 13. Münchmeyer Ludwig, Pfarrer a. D., Düsseldorf, Hum-
boldtstr. 51.
 14. Darré Richard, Landwirt, Colln, Hofbrunn-
straße 50.
 15. Gahlert Theo, Schriftsteller, Colln, Leichenplatz 2 bei
Dr. Reiter.
 16. Funk Walter, Chefredakteur, Berlin-Schlachtensee, Geor-
genstraße 29.
 17. Dr. Uebel Georg, Studienrat, Jüterburg.
 18. von Weckow Magnus, Konteradmiral a. D., Weimar,
Gartenstraße 22.
 19. von Schirach Walbur, Schriftsteller, München, Königin-
straße 31 O.
 20. Dr. Schulze-Naumburg Paul, Professor, Saale 5. Bad
Köfen.
 21. Dr. von Menteln Theodor Adrian, Volkswirt, München,
Mittl.-Mühl-Straße 24.
 22. Buchmann Hugo, Verleger, München, Leopoldstr. 10 III.
 23. Schäfer Karl Georg, Dipl.-Volkswirt, München, Waver-
straße 24 I.
 24. Menhardt Rolf, Rechtsanwalt, München, v. d. Lannstraße
10-O I.
 25. John Heinz Hugo, Kaufmann, München, Königinstr. 10 Or.
 26. Freiherr von Holzschuber Wilhelm, Gutsbesitzer, München,
Ebersberger Straße 5-O.
 27. Dr.-Ing. Stäbel Oskar, Stadtrat, Karlsruhe, Hauptred-
straße 3 II.
 28. Martin Peter, Oberverwaltungssekretär, München,
Festungstraße 20-2.
 29. Schiller Walter, Apotheker, Dresden-N. 24, Eisenstäd-
terstraße 22 b.
 30. Gruber Kurt Paul, Kaufmann, München, Ammersee.
 31. Schulze Reinhold H., Dipl.-Ing., Rostock.
 32. Hier Heinrich, Sparr.-Kamant, Braunschweig-L., Wend-
hausen 50.
 33. Geisler Balduin, Kaufmann, Weimar, Friedrich-Ebert-
straße 52.
 34. Gederoth Aug. Joh., fkn. Angestellter, Berlin-Tempelhof,
Konradstr. 14.
 35. Fricke Albert, Landw. Schriftleiter, Mülme, Post Höhen-
eggelsen.
 36. Staebel Gustav, Schriftsteller, Colln, Bucherstraße 4.
 37. von dem Ansebed Jürgen, Reg.-Rat, Ratzeburg in Lauen-
burg.
 38. Hebelhoer Friedrich, Kaufmann, Naumburg a. d. S., Buch-
holstraße 48.
 39. Frey Kurt, Dipl.-Volkswirt, München, Nymphenburger
Straße 84 II I.
 40. Rogausch Friedrich, Obersteuersekretär, Neustettin, Viktoria-
straße 9.

Reichswahlvorschlag Nr. 3.

- Partei-Bezeichnung: Kommunistische Partei Deutschlands.
1. Thälmann Ernst, Transportarb., Führer der KPD., Ham-
burg, Lärgerstraße 66.
 2. Remmele Hermann, Metallarbeiter, Berlin, Quitzowstr. 47.
 3. Bied Wilhelm, Geschäftsführer, Berlin-Steglitz, Schänd-
rute 2.
 4. Schehr John, Sekretär, Hannover, Escherstr. 21.
 5. Albricht Walter, Holzarbeiter, Leipzig, Geislerstr. 2.
 6. Sedert Friedrich, Redakteur, Berlin, Heilbronner Str. 15.
 7. Dahlem Franz, Redakteur, Berlin, Dunderstr. 42.

8. Florin Wilhelm, Metzger, Essen, Rheinische Str. 21.
9. Schulte Fritz, Angestellter, Levertusen, Myliusstr. 56.
10. Neumann Heinz, Schriftsteller, Berlin-Charlottenburg,
Gauerstr. 4.
11. Gimmick Johanna, Angestellte, Chemnitz, Reesstr. 60.
12. Hein Wilhelm, Maschinenformer, Berlin, Luriner Str.
50 II.
13. Weder Artur, Dreher, Berlin-Kummelsburg, Schlicht-
Allee 1.
14. Leow Willi, Tischler, Berlin, Markgrafendamm 28.
15. Walter Paul, Dreher, Berlin-Niederhönhausen, Ködner-
straße 16 I.
16. Neubauer Theodor, Redakteur, Berlin-Gröb., Rauterberger
Straße 15.
17. Kasper Albert, Arbeiter, Berlin, Hennigsdorfer Str. 9.
18. Maddalena Max, Metallarbeiter, Berlin, Geinstr. 28 II.
19. Horsting Gerhard, Margarinearbeiter, Goch, Blumenplatz 4.
20. Voj Walter, Schlosser, Berlin, Buchstr. 6.
21. Goenle Edwin, Schriftsteller, Berlin-Schmargendorf,
Charlottenbrunner Str. 45.
22. Schläpfer Josef, Maschinenführer, Berlin-Neinickendorf,
Gutvielerweg 42.
23. Weidauer Walter, Zimmerer, Leipzig, Jenaer Str. 23.
24. Schiel Otto, Schlosser, Essen, Wäldelstraße 23.
25. Ulrich Rius, Arbeiter und Landwirt, Mittersdorf, Haupt-
straße 302.
26. Schröder Johannes, Elektromonteur, Zeitz, Schützenstr. 8.
27. Rading Hermann, Lederarbeiter, Berlin-Lichtenberg, Wil-
helmstr. 33.
28. Dr. Löwenthal Fritz, Rechtsanwalt, Berlin, Lützowufer 24.
29. Dr. Wolf Friedrich, Arzt, Stuttgart, Jepselstr. 48.
30. Drecher Karl, Hafenarbeiter, Altona, Breite Str. 76 I.
31. Fischer Fritz, Schlosser, Königsberg, Unterfaberberger
Grund 62.
32. Dajid Otto, Maurer, Dortmund, Vornstr. 141.
33. Marschner Fritz, Schlosser, Burgstädt, Chemnitzer Str. 27.
34. Wittfogel Karl August, Schriftsteller, Berlin, Afrikanische
Straße 144.
35. Spital Kurt, Handlungsgehilfe, Hannover, Leouhardstr. 1.
36. Rittig Curt, Motorschlosser, Plauen, Mehbacher Str. 36.
37. Wille Willi, Kleinwerdretreibender, Berlin-Neutölln,
Steinmehstr. 16.
38. Schwab Maria, Stepperin, Burg b. Magdeburg, Schulstr. 45.
39. Stamira Willi, Landwirt, Galsstein, Kr. Landsberg
a. Warthe.
40. Karl Wilhelm, Fabrikarbeiter, Frankfurt a. M., Nied.
An der Marktspise 5.
41. Siemon Fritz, Schlosser, Leipzig, Thomaststr. 13.
42. Weder Johannes N., Schriftsteller, Berlin-Zehlendorf, Am
Segevinstr. 18.
43. Frank Walter, Dreher, Bochum, Baarstr. 8.
44. Kellbaum Eriede, Textilarbeiterin, Peterswaldau, Ifer-
straße 48.
45. Stropp Otto, Staatsarbeiter, Hamburg, Meißer-Franke-
straße 26.
46. Menckh Oswald, Arbeiter, Dresden, Böttgerstr. 49.
47. Biering Walter, Landwirt, Eßleben Nr. 18.
48. Beckman Nina, Schneiderin, Berlin, Koloniestr. 44 a.
49. Weinert Otto, Gasarbeiter, Berlin-Lichtenberg, Säume-
straße 8.
50. Büttner Franz, Arbeiter, Kößchen, Schmiedepfad 15.

Reichswahlvorschlag Nr. 4.

- Partei-Bezeichnung: Deutsche Zentrumspartei.
1. Dr. Brüning Heinrich, Reichskanzler a. D., Berlin W 9,
Wilhelmstr. 77.
 2. Dr. Kaas Ludwig, Professor, Domkapitular, Trier, Große
Eulenspiegel 1.
 3. Dr. Stegerwald Adam, Reichsminister a. D., Berlin-Dah-
lem, Zoppoter Str. 62.
 4. Esser Thomas, Gewerbedirektor und Genossenschafts-
leiter, GutsMuths, Juliusstr. 11.
 5. Dr. Riech Joseph, Reichskanzler a. D., Berlin NW,
Pridenallee 7.
 6. Dr. Bruns Heinrich, Reichsminister a. D., Lindenbergl,
Allgäu, Radenberglstr. 26.
 7. Hofmann Hermann, Oberlehrer, Ludwigshafen a. Rh.,
Lützstr. 168.
 8. Dr. h. c. Mödner Florian, Industrieller, Dortmund-Lüt-
ringhausen, Hölste Eiche 29.
 9. Dr. Beerenboom Elise, Verbandssekretärin, Düsseldorf,
Pring-Georg-Str. 44 (11).
 10. Kühnen Fritz, Gewerkschaftssekretär, Saarbrücken III,
Deimel 2.
 11. Binkler August, Verbandssekretär, Köln, Am Judenberg 3.
 12. Dr. Wadel Heinrich, Generalsekretär, Berlin-Wilmersdorf,
Ludwigkirchplatz 12 v. III.
 13. Rebold Johannes-Artur, Dragist, Charlottenburg 2, Schil-
lerstraße 19.
 14. Stebes Ferdinand, Landwirt, Mellentin, Kr. Deutsch
Krone.
 15. Durlach Frau Agnes, Berlin NW 87, Altonaer Str. 27.
 16. Unterberger Josef, Töpfermeister, Stadtrat, Breslau,
Marienstr. 4.
 17. Mauer Wilhelm, Verbandssekretär, Duisburg, Hinden-
burgstr. 2.
 18. Böhrner Franz, Landwirt, Richtenau, Westfalen, Lange
Straße 104.
 19. Wohlgenuth Josef, Reichsbahnassistent, Stuttgart, Moll-
straße 10.
 20. Dr. jur. Eiben, Arnold, Bürgermeister und Weingut-
besitzer, Deidesheim, Hauptstr. 82.
 21. Weber August, Metzger, Bochum, Kanalstr. 63.
 22. Fischer von Rotzky Friedrich Andreas, Hauptmann a. D.,
Dessau-Ziebig, Georgengarten 20.
 23. Dr. Keller, Otto, Ministerialrat, Darmstadt, Wilhelm-
Gluffing-Str. 28.
 24. Galt Hubert, Baumeister, Berlin-Wilmersdorf, Hshand-
straße 86.
 25. Rembach Franz Joseph, Reichsbankinspektor, Berlin-Schöne-
berg, Gustav-Müller-Str. 48.
 26. Reine Johann, Gerichtsreferendar, Berlin-Wilmersdorf,
Janauer Str. 41.
 27. Dübbe Otto, Städtischer Angestellter, Rostock, Medlenburg,
Augustenstr. 111.
 28. Lorenz Gustav, Hauptlehrer, Kr. Otterleben, Bäderstr. 3.
 29. Risch Ludwig, Rath, Pfarrer, Reichenbach i. Vogtland,
Amalienstr. 6.
 30. Wolff Georg, Seeresantant im Bezirk II, Stettin,
Röhrer Str. 16 I.
 31. Ehrmann-Wolf Jürgen, Geschäftsführer, Lübeck, Amfel-
weg 16.
 32. Hämer.
 33. Kowalski Josef, Regierungsobersekretär, Frankfurt a. O.,
Fürstenwalder Str. 22.

Reichswahlvorschlag Nr. 5.

- Partei-Bezeichnung: Deutschnationale Volkspartei.
1. Dr. Hugenberg Alfred, Geheimrat, Gutsbesitzer,
Koblenz b. Nitteln a. d. Mosel.
 2. Dr. Müller-Ostried Paula, Vorsitzende des Deutsch-Deu-
tschen Frauenbundes, Hannover, Redekindstr. 26.

3. Dr. Spahn Martin, Universitätsprofessor, Berlin-Lichter-
felde, Kommandantenstr. 1.
4. Dr. Quack Reinhold Georg, Geheimrat Regierungsrat a. D.,
Rechtsanwalt und Notar, Berlin W 10, Stillerstr. 7.
5. von Nestorff Gust, Rittergutsbesitzer, Lindenau, Kreis
Heiligenbeil (Ostpreußen).
6. Graf Walthar, Landgerichtsdirektor, Eisenach, Luisenstr. 7.
7. Lehmann Annagrete, Studienrätin, Berlin-Steglitz, Freitisch-
straße 6.
8. Dr. Bienbed Erich, Syndikus der Handelskammer,
Hannover, Dachenhausenstr. 14.
9. Berg Oscar, Staatsminister und Reichsminister a. D.,
Göttingen, Gampolweg 42.
10. Logemann Dietrich, Landwirt, Rathlosen, Post Sulzingen,
Hannover.
11. Dr. Oberjöhren Ernst, Studentat i. e. N., Kiel, Bismard-
allee 17.
12. Harmon Gustav, Telegraphendirektor, Berlin-Lichterfelde,
Kommandantenstr. 81.
13. Dingelbey Eduard, Rechtsanwalt, Berlin W 62, Lühow-
platz 13.
14. Dr. Hugo Otto, Geschäftsleiter der Handelskammer zu
Bochum, Bochum, Schanhorstr. 12.
15. Dr. Jasp Albert, Geheimrat, Justizrat, Heidelberg, Erwin-
Rode-Str. 10.
16. Dr. Dr. h. c. von Stauff, Emil Georg, Bankier, Berlin-
Dahlem, Cecilienallee 14-16.
17. Morath Albrecht, Postdirektor, Berlin-Zehlendorf, Leich-
straße 16.
18. Dr. Maß Elsa, Oberstudienrätin, Berlin-Charlotten-
burg, Oldenburgallee 44.
19. Dr. Kieffer Friedrich, Verbandsgeschäftsführer, Weimar,
Luisenstr. 55.
20. Binnefeld August, Bergmann, Wattensteind-Günigfeld,
Konstanzstr. 5.
21. von Hauenschild Wolfgang, Landwirt, Tscheldt, Kreis
Sofel (Oberschlesien).
22. Nuth Heinrich, Landwirt, Langendiebach, Kreis Hanau,
Gerruchstr. 9.
23. Große-Kleinmann Tonius, Landwirt, St. Mauritz-Gelmer
b. Münster (Westfalen).
24. Nonneburg Karl, Landwirt, Gölben, Kr. Zeitz.
25. Schmidt Otto, Hauptmann a. D., Berlin-Dahlem, Thiel-
allee 20.
26. Gembed Otto, Fabrikant, Lindenfeld, Westfalenstr. 29.
27. D. v. Filing Magdalene, Studentin, Berlin-Friedenau,
Wagnerplatz 2.
28. Dr. Everling Friedrich, Rechtsanwalt, Berlin NW 40, In-
den Zelten 9, Vitz: NW 7, Friedrichstr. 103.
29. Dr. Hanemann Alfred, Landgerichtsdirektor, Heidelberg,
Blumenstr. 13.
30. Dr. Koch Wilhelm, Reichsverkehrsminister a. D., Wupper-
tal-Gelberfeld, Borringstr. 75.
31. Dr. Schmidt Erich, Schriftsteller, Eichwalde, Kreis Teltow,
Kronprinzenstr. 36.
32. Hof Gottfried, Verbandsdirektor, Altona, Ernst-August-Str. 13.
33. Hingmann Ernst, Pregantkapitän a. D., Bremen, Birze-
germeister-Smidt-Str. 71.
34. Kuhnke Karl, Landwirt, Cossin b. Briesitz, Kreis Pritz
(Pommern).
35. Kamengel Anna-Therese, Studienprofessorin, Saarbrücken,
Petersbergstr. 34.
36. von Machui Gerhard, Rittergutsbesitzer, Sothsdorf, Kr.
Grottkau (Oberschlesien).
37. Brunl Ernst, Industrieller, Berlin-Zehlendorf, Beer-
straße 30.
38. Finnu Erich, Schlossermeister, Berlin-Tempelhof, Berliner-
straße 133 II.
39. Dr. Lent Friedrich, Universitätsprofessor, Erlangen, Hine-
denburgstr. 47.
40. Schmid Christian Friedrich Carl, Staatssekretär a. D.,
Düsseldorf, Goethestr. 11.
41. Hie Ewald, Arbeitersekretär, Berlin SW 11, Hafenplatz 2.
42. Dr. Kräule Karl, Diplomalndwirt, Berlin-Zehlendorf,
Leffingstr. 30 a.
43. Purck Richard, Oberpostsekretär, Biegnitz, Mitterstr. 20.
44. Schiller Gustav Erwin, Landwirt, Rethof b. Angerburg
(Ostpreußen), Ansbildung.
45. Trapp Jim-Alexander, Steuerpraktikant, Berlin-Schöne-
berg, Eisenacher Str. 59.
46. Nieseberg, Carl, Wärderehrenobermeister, Quedlinburg, am
Gatz, Steinweg 51.
47. Dr. Destrück Paul, Chefredakteur der „Niederdeutschen
Zeitung“, Hannover, Königstr. 11.
48. Wischnowski Gustav, Verbandsvorsitzender, Berlin-Steglitz,
Geesstr. 12.
49. D. Traub Gottfried, Pfarrer a. D., Schriftsteller, Mün-
chen-Jolln, Wolfstraußerstr. 14.
50. von Porenbski Franziska, Schriftstellerin, Rudolstadt
(Thüringen), Eizgstr. 6.
51. Schardt Wodo, Architekt, Professor, Geheimrat Hofbau-
rats, Karlsruhe b. Braudam am Rhein.
52. Brede Jürgard, Diplomalndwirt, Breslau 9, Meine-
fürstenstr. 3 a.
53. Binkelman Max, Polizeioberstleutnant a. D., Magde-
burg, Klewitzstr. 6.
54. Dr. Heinemann-Grüder Curt, Oberregierungs- und Mediz-
inalrat, Potsdam, Kurfürstenstr. 19.
55. Lincius Joseph, Malermeister, Berlin-Schöneberg, Kolona-
nenstraße 18.
56. Girnth Wilhelm, Arbeiter, Duisburg-Neiderich, Sand-
straße 30.
57. Frey Erwin, Zollrat, Pforzheim i. B., Durlacher Str. 18.
58. von Dommes Wilhelm, Generalmajor a. D., Potsdam,
Kaiser-Wilhelm-Str. 5.

Reichswahlvorschlag Nr. 8.

- Partei-Bezeichnung: Deutsche Staatspartei.
1. Dietrich Hermann, Reichsminister a. D., Berlin-Charlot-
tenburg, Reichstagsplatz 4.
 2. Lemmer Ernst, Generalsekretär, Berlin-Zehlendorf, Gei-
mat 38.
 3. Dr. Lüders Frau Marie Elisabeth, Berlin-Grünwald, Im
Gornisgrund 25.
 4. Dr. Dr. h. c. Höpfer-Uhoff Hermann, Staatsminister
a. D., Berlin NW 40, Schloß Bellevue.
 5. Barteld Adam, Postamtman, Hannover, Viebigstr. 2.
 6. Dr. Reinhold Peter, Reichsminister a. D., Berlin-Dahlem,
Seideweg 7.
 7. Colosier Otto, Architekt, Berlin-Schöneberg, Stierstr. 14.
 8. Bartschat Franz, Kämpferobermeister, Königsberg, Fr.
Goffmannstr. 12.
 9. Dr. Ruppe Hermann, Oberbürgermeister, Nürnberg, Neu-
torgraben 13.
 10. Rüdke Otto, Schriftleiter, Berlin W 15, Rarifer Str. 51.
 11. Herrmann Heinrich, Wärdereibesitzer, Frankfurt a. M.,
Am Weingarten 16.
 12. Dr. Schütt Conrad, Generalsekretär, Berlin-Charlotten-
burg, Neue Kanstr. 10.

Reichswahlvorschlag Nr. 9.

Partei-Bezeichnung: Bayerische Volkspartei.

- 1. Leicht Johann, Domdekan, Bamberg, Karolinenplatz 4.
2. Lang-Brumann Thunelba, Hauptlehrerin, München, Zepelinstraße 67 I.
3. Graf von Quadt-Jöns Eugen, Rittermeister a. D., Unterfrödingen, P. Burgau, Schw.
4. Ritter von der Hans, Regierungsrat 1. Kl., München, Schönfeldstr. 6 II, I.
5. Köster Emil, Präsident des deutschen Gastwirtsverbandes, Berlin-Steig, Hort-Rohr-Str. 1.
6. Mollath Jakob Ludwig, Kaufmann, Präsident der Spitzenvertretung des gewerblichen Kraftverkehrs, Berlin, Viktorienstraße 11.
7. Frenhe Carl, Fleischermeister, Stettin, Frauenstraße 34.
8. Dreiwitz Hermann, Bäckermeister, Berlin-Mahlsdorf, Lange Straße 36.
9. Fischer Hans, Schuhmachermeister, Nürnberg, Allessberger Straße 123.
10. Schneidewind Karl, Fleischermeister, Köln-Mülheim, Berliner Straße 39.
11. Adlhoß Hans, Arbeitersekretär und Stadtrat, Augsburg, Reutinger Str. D. 95, II.
12. Dr. Schmidt-Hoepte Alfred, Hauptschriftleiter, Düsseldorf, Geofstraße 41.
13. Brandl Heinrich, Sägewerksbesitzer, Simpering, Gde. Andorf.
14. Nöbberg Heinrich, Kaufmann, Reddinghausen, Breite Straße 18.
15. Säusler Johann, Buchbindermeister, Sulzbach, Oberpf.
16. Holzger Franz, Tapezierermeister, Berlin-Charlottenburg, Wilschheidstraße 9.
17. Krause Louis, Holzbildhauermeister, Stadtrada, Geraer Straße 8.
18. Lude Ernst, Oberpostinspektor, Chemnitz, Giffasser Str. 19.
19. Ballmann Carl, Kaufmann, Kaiserslautern, Marktstr. 32.
20. Wiedemann Anton, Seifensiedermeister, Bad Tölz.
21. Freidel Franz, Baumeister, Hannover, Stifftstr. 12.
22. Albrechtsträger Georg, Hauptlehrer, Pasing, Riemerschmidstraße 41.
23. Sarnad Johann, Tischlermeister, Altona-Stellingen, Stiellinger Steinweg 6.
24. Toepe Frau Mary, Lübeck, Steinrader Weg 55.
25. Große Hermann, Regierungsrat, Berlin-Charlottenburg, Demburgstraße 45.

Reichswahlvorschlag Nr. 11.

Partei-Bezeichnung: Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).

- A. Sempendörfer Wilhelm, Reallehrer, Korntal bei Stuttgart, Neuhaldstraße.
B. Lehrens Franz, Vorsitzender, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 34-35.
C. Kaufel Adolf, Oberschulrat, Stuttgart, Gölberlinstr. 57.
D. Straßmann Hermann, Universitätsprofessor, Erlangen, Haisberger Str. 28.
E. Rippel Otto, Verlagsdirektor, Hagen, Westf., Grünstr. 35.
F. D. Dr. Graf Robadowitz-Welner, Staatsminister a. D., Raumburg, Saale, Dompf. 8.
G. Eimer Frau Gertrud, Breslau, Moritzstr. 7.
H. Muntau Johannes, Präsident des Strafvollzugsamts, Celle, Schafstr. 15.
I. Serberg Emil Ernst, Studienrat, Zwickau, Sa., Mämerstr. 2 a I.
J. Dr. Schröder Erich, Stadtmedizinalrat, Oberhausen, Rhld., Dippelstr. 126.
K. Weimisch Carl, Kaufmann, Berlin-Dichtersfelde, Elisenhofstr. 31.
L. Teuffert Frau Elsa, Garburg-Wilhelmsburg I, Kapellenweg 48.
M. Hartwig Emil, Arbeitersekretär, Spandau, Johannesstift, Frankehaus.
N. Theopold Arnold, Amtsgerichtsrat, Remag, Rapenstr. 48.
O. Dr.-Ing. Schmedel Max, Architekt, Mannheim, Kalmplatz 1.
P. Wolff Margarete, Verbandsvorsitzende, Berlin-Charlottenburg, Bernigeröder Str. 21.
Q. Schmidt Paul, Schriftleiter, Kassel, Juliustr. 7.
R. Möbius Karl, Verlagsdirektor, Tübingen, Kieler Landstraße 98.
S. Beninde Walter, Rechtsanwalt und Notar, Bunszlau, Taemmer Str. 14.
T. Rudolph Ernst, Generalsekretär, Berlin-Dichtersfelde, Saffelfelder Weg 7.
U. Dr. med. Höhrbach Wilhelm, Arzt, Stadtrat, Kassel, Nützenstr. 2.
V. Reuten Johannes, Landwirt, Insel Nr. 11.
W. D. Mumm Reinhardt, Pfarrer, Berlin-Charlottenburg, Reichsstr. 9.
X. Dr. Kehler Hans, Generalinspektor i. R., Berlin C., Klosterstr. 65-66.

Reichswahlvorschlag Nr. 12.

Partei-Bezeichnung: Deutsche Bauernpartei.

- 1. Dr. Fehr Anton, Minister a. D., Freising.
2. Biechl Josef, Landwirt und Kaufmann, Mainburg.
3. Ghehelt Leonhard, Landwirt und Gastwirt, 1. Bürgermeister, Urpfringen.
4. Dilling Friedrich, Landwirt, Gachtel.

Reichswahlvorschlag Nr. 21.

Partei-Bezeichnung: Nationale Minderheiten in Deutschland.

- 1. Dr. Kaczmarek Jan (Johann), Hauptgeschäftsführer, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 130 B.
2. Dr. Domański Boleslaus, Pfarrer, Zatzewo, Kr. Piatow, Grenzmarkt.
3. Budach Peter, Landmann, Hornholz, Gemeinde Jarplund (Kr. Stensburg).
4. Szala Jan (Johann), Redakteur, Berlin N 58, Ahlbecker Straße 22.
5. Matzschulat Wilhelm, Geschäftsführer, Palinkufnen (Kr. Niederung).
6. Oldsen Johannes, Landwirt, Lindholm (Nordfriesland).
7. Wita Leopold, Landwirt, Deutsch-Bernitz (Kr. Tost-Gleiwitz).

Reichswahlvorschlag Nr. 24.

Partei-Bezeichnung: Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern.

- 1. Bedendorf Walter, Hafenarbeiter, Hamburg, Rademacherweg 19, G. A.
2. Doering Alwin, Tuchweber, Forst (Raußig), Schachtstr. 11.
3. Meiß Otto Hinrich, Landwirt, Gelse bei Marne i. Holst.
4. Sahn Franz, Reichsbahnbetriebsassistent, Ströbitz bei Cottbus, Liebnichstr. 11.
5. Schulze Hermann, Arbeiter, Berlin-Friedrichsfelde, Walberstraße 51.
6. Ludwig Johann, Schleifer, Magdeburg-Neustadt, Louisestraße 1.

7. Burgl Richard, Landwirt, Freiburg-Gaslach, Gullentstr. 22.

- 8. Riffmann Richard, Dachdeckergehilfe, Zielensig Promenade 519.
9. Kaspritz Frau Eleonore, Hindenburg, Goethestr. 18.
10. Schmidt Kurt, Straßenbahnarbeiter, Dortmund, Vornstraße 238.
11. Wienkötter August, Bergmann, Reddinghausen, Orlofstraße 96.
12. Eichler Friedrich Richard, Weber, Chemnitz, Alexanderstraße 26 II.
13. Schuppan Paul, Landwirt, Blumberg (Kr. Siebenbrunn), Mittelstr. 43.
14. Dahms Alfred, Revisor, Richtenberg, Scharnweberstr. 44.
15. Diederichs Otto, Maurer, Essen, Flachstr. 13.
16. Kalus Theodor, Schlosser, Oppeln, Rischerstr. 8 I.
17. Oehmichen Bruno Arthur, Lehrer, Regis-Breitingen, Forststraße 33 C.
18. Oser Johann, Schlosser, Ludwigshafen a. Rh., Rohrlachstraße 77.
19. Scheffer Justus, Bauarbeiter, Bremen, Stefanstor-Steinweg 97 I.
20. Niendorf Otto, Landwirt, Herbsleben, Th., Bodhausgasse 18.
21. Arp Willi, Hofbesitzerin, Bradorf (Schönberg-Land).
22. Strothmann Erich, Arbeiter, Bielefeld, Heinrich-Strammstraße 4.
23. Mühlhardt Fritz, Landwirt, Bassum-Gelldief, Gelldief Nr. 7.
24. Giesler Willi, Maschinenarbeiter, Berlin O 112, Rainer Straße 22.
25. Rohde Willi, Arbeiter, Brunn (Kr. Mandow).
26. Höhle Adam, Landwirt, Reichlingen, Oberbüschhof 8.
27. Schröder Wilhelm, Arbeiter, Neu-Krenalin 8.
28. Jurell Wilhelm, Landwirt, Burg-Colonie (Spreewald) 50.
29. Küfert Frau Anna, Berlin-Charlottenburg, Herxstr. 7, Aufg. X.
30. Menck Gustav Emil, Landwirt, Baußen-Seibau, Salzenforster Straße 133.
31. Krunge Adolf, Fabrikarbeiter, Dahl-Ennepe, Ruhr-Kreis, Selinghausen 96.
32. Solich Georg, Schlosser, Stettin, Gabelbergerstr. 9.
33. Will Friedrich, Landwirt, Ueberau (Kr. Dieburg), Groß Diebener Straße 31.
34. Schleicher Otto, Dreher, Jena, Jena-Friedrichstr. 15.
35. Markus Peter, Gändler, Bremen, Kampshofer Damm 48.
36. Lehmann Friedrich, Landwirt, Schwemal b. Düben, Mulde, Dübener Str. 19.
37. Rau Johannes Heinrich, Landwirt, Weltershausen (Kreis Marburg), Dorfstr. 17.
38. Pfaff Friedrich, Volksther, Königsberg i. Pr., Blumenstr. 8.

Reichswahlvorschlag Nr. 25.

Partei-Bezeichnung: Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft).

- 1. Gräse Eugen, Kaufmann, Berlin NO 18, Büschingstr. 8.
2. Dr. med. Nordwall, A., Arzt, Norden, Weicherslöwe 7.
3. Rogg Ewald, Fabrikant, Frankfurt (Oder), Grenadierstr. 12.
4. Gänjerich Gustav, Musiker und Schriftsteller, Einbeck (Hannover), Rosenstr. 5.
5. Bialek Bernhard, Lehrer, Gr. Mergdorf (Kr. Schweidnitz).
6. Sterzing Karl, Tischler, Mühlhausen (Thür.), Birkenweg 1.
7. Herr Karl, Referentelotomotivführer, Stolberg (Hf.), Steinwegstr. 2.
8. Nilian Richard, Handlungsgehilfe, Halle a. d. S., Auenstr. 4.

Reichswahlvorschlag Nr. 26.

Partei-Bezeichnung: Gerechtigkeitsbewegung für Parteiverbot gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkränkungen - für Arbeitsbeschaffung.

- 1. Müller-Hagen Kurt, Schriftsteller, Stuttgart, Rosenstr. 15b.
2. Waldmann Albert, Schreiner, Stuttgart, Rotenbergstr. 133.
3. Eberle Helene, Versicherungsbeamte, Stuttgart, Militärstraße 110.
4. Fausel Rudolf, Mechaniker, Stuttgart, Türlenstr. 36.
5. Eibig Franz, Beamter, München 51, Hauberstr. 6.
6. Paul Oswald, Fleischermeister, Zwickau, Lessingstr. 15.
7. Zipperer Kurt, Kaufmann, Hof i. Sa., Wehstr. 14.
Beben der Verbindungserklärung innerhalb des XVI. Wahlkreisverbandes Württemberg - Baden ergoht noch besondere Bekanntmachung.

Karlsruhe, den 21. Juli 1932. Der Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises (Baden). J. B. Dr. Sahn.

Badischer Teil

„Polizei schweigt zu Bürgerkriegsvorbereitungen“

„Der Führer“ (Nr. 186 vom 22. Juli) bringt in einem Bericht über eine kommunistische Erwerbslosenfundgebung in der Karlsruher Festhalle, mit der Behauptung, die Polizei nehme „offen betriebene Bürgerkriegsvorbereitungen“ stillschweigend hin. Das Blatt bezieht sich dabei auf eine in der erwähnten Versammlung seitens des Referenten gefällte Äußerung, daß sich in Groß-Berlin und im Ruhrgebiet in der Arbeitervierteln kein Nationalsozialist in Uniform zeigen dürfe. Den Satz „dazu möge es auch in Karlsruhe kommen“ hat weder der Referent noch der Versammlungsleiter in der erwähnten Erwerbslosenfundgebung ausgesprochen. Er ist vom „Führer“ erfunden worden, um ihm die Möglichkeit zu einem völlig unberechtigten Angriff auf die Polizei zu schaffen. Daß die Polizei in Baden zu Bürgerkriegsvorbereitungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht schweigt und nicht schweigen wird, das könnte der „Führer“ aus eigener Erfahrung wissen.

Die Polizei im Dienst der Nothilfe

In 21 Waldbereichen des Schwarzwalds, die nicht oder kaum in der Lage sind, Getreidebau zu betreiben, oder die sich infolge der katastrophal niedrigen Holz- und Viehpreise in bedrückter Lage befinden, wurden vor kurzem 450 Zentner Roggenmehl verteilt. Das Mehl ist zu einem erheblich verbilligten Preis, der etwa die Hälfte des gewöhnlichen Preises beträgt, geliefert worden. Der Preisunterschied wird durch Nothstandsmittel ausgeglichen. Auf Weisung des badischen Ministeriums wurde das Mehl den Bewohnern der entlegenen Gemeinden mit Kraftwagen der Freiburger Polizei unentgeltlich zugeführt. Wie die Lieferung des Mehles zu einem Ausnahmepreis, so nahmen die Bewohner der betreffenden Gemeinden die kostenlose Zufuhr mit dankbaren Gefühlen auf.

200 000 RM Fehlbetrag im Kehler Haushalt. Wie aus einem Bericht über die letzte Gemeinderatssitzung hervorgeht, rechnet man heute schon mit einem Fehlbetrag von rund 200 000 RM im neuen Haushaltsvoranschlag. Aus diesem Grunde werden heute schon alle freiwilligen Leistungen der Gemeinde an Vereine, jegliche Zuschüsse oder Stiftungen usw. rückstandslos gestrichelt. — Der Erdbauzins wurde mit Wirkung vom 1. Juli von 5 auf 4 Prozent ermäßigt, was einen Ausfall von über 3500 RM ausmacht.

Dr. Baumgartner und Dr. Mattes im Wahlkampf

In Neuenheim (bei Heidelberg) sprach im Rahmen einer Zentrumsfundgebung Kultusminister Dr. Baumgartner über die letzten politischen Ereignisse im Reich. Das Zentrum habe sich bei den letzten Reichspräsidentenwahlen mit Begeisterung für Hindenburg eingesetzt, da es den tiefsten Glauben an die Verfassungstreue Hindenburgs gehabt habe. Es habe diesen Glauben auch heute noch und er, der Minister, erkläre namens der badischen Zentrumspartei, daß sich das Zentrum heute genau wie früher für Hindenburg entscheiden würde, wenn eine Neuwahl zwischen Hindenburg und Hitler in Frage käme. In Baden sei man der Meinung, daß jedes Uniformtragen verboten sein müsse, gleichgültig, welche militärische Organisation es betreffe. Der Minister streifte sodann die Ereignisse in Preußen. Die Reichsregierung sei den Länderregierungen in den Arm gefallen. Vor allen Dingen müsse die Ansicht der Reichsregierung, in Preußen hätte die Staatsautorität versagt, vor dem Staatsgerichtshof unter Beweis gestellt werden. Man könne sich der Sorge vor weiteren Angriffen in die Rechte der Länder nicht verschließen. Wenn das Reich Anspruch mache auf Anerkennung seiner Autorität, so müsse dieses Recht auch den Ländern zugestanden werden. Jedenfalls sei man in Baden entschlossen, die Ordnung von sich aus aufrechtzuerhalten. Die badische Regierung werde in diesem Sinne ihre Maßnahmen treffen.

Am Mittwochabend sprach in Schwetzingen Finanzminister Dr. Mattes in einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei. Der Redner wies einleitend auf die Grundtöne des politischen Kampfes hin: ein Kampf zwischen bürgerlicher und sozialistischer Auffassung und betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der bürgerlichen Sammlung. Der Minister wandte sich dann den aktuellen politischen Aufgaben der Gegenwart zu und bezeichnete außerpolitisch zwei Fragen als vordringlich: die Wiederherstellung der deutschen Wehrhaftigkeit und Vereinigung der wirtschaftlichen Verschuldung von etwa 20 Milliarden Reichsmark. Zu den Fragen der Innenpolitik übergehend, erklärte Minister Dr. Mattes, man stehe vielleicht vor dem Ende des Kampfes, der von der Rechten als ein Kampf gegen das System betrachtet werde, das man auch für die wirtschaftliche Not verantwortlich mache. Die wirtschaftliche Not habe jedoch mit dem politischen System, wie er an Beispielen der Krisen, der Industrieländer England und Vereinigten Staaten nachwies, nichts zu tun. Die Gefahren einer nationalsozialistischen Alleinherrschaft seien außerordentlich groß, weil diese Partei keine konkreten Lösungen bringe. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die wirtschaftlichen Schäden hin, die durch die anhaltende politische Unruhe verursacht werden. Diese Unruhe berühre auch stark die Grenzen der Sicherheit der deutschen Währung. Deutschland werde nicht mehr darum herumkommen, daß die Nationalsozialisten regieren; aber man müsse verhindern, daß sie allein regieren.

Ein Hirtenbrief über das Unwetter

Am Sonntag wird in den katholischen Kirchen ein Hirtenbrief des Erzbischofs Dr. Gruber gelesen werden, daß die Gemeindeführer die letzten Unwetter im Kaiserstuhl- und anderen badischen Gebieten zum Gegenstand hat. Der Erzbischof hat angeordnet, daß am Sonntag, den 31. Juli, in allen Pfarrkirchen seines Erzbistums für die Heimgesuchten öffentlich gebetet werde und von den Geistlichen freiwillige Gaben für die Geschädigten entgegengenommen werden. Die Anordnung einer außerordentlichen Kirchenkollekte nach Einbringung der Ernte behält sich der Erzbischof vor. Außerdem kündigt Dr. Gruber den Besuch der Unwettergeschädigten Gebiete an, um im Benehmen mit den Verufenen die Maßnahmen zu beraten, die zur weiteren Vinderung der Not getroffen werden sollen.

Gemeinderundschau

1,86 Millionen Reichsmark Fehlbetrag im Heidelberger Etat. Der Haushaltsplan der Stadt Heidelberg, der dieses Jahr nicht vom Bürgerausschuß beraten, sondern auf Vorschlag des Oberbürgermeisters der Staatsaufsichtsbehörde vorgelegt werden muß, enthält Gesamtausgaben von 25,22 Millionen. Wie schwer gerade die Stadt Heidelberg von den Fürsorgeleistungen betroffen wird, zeigt der Betrag von 6,88 Millionen allein für Fürsorgezwecke. Nach Abzug der Ertragsleistungen Dritter bleiben davon 5,36 Millionen endgültig zu Lasten der Stadt. Diese Belastung übersteigt den Anteil der Stadt an der Reichsüberweisungssteuer um 4,124 Millionen oder rund 378 v. H. Es ergab sich ein Fehlbetrag von 2,08 Millionen, für den keine Deckung vorhanden ist. Der Stadtrat lehnte bekanntlich die Zustimmung zum Voranschlag ab. Der Oberbürgermeister hat inzwischen noch eine weitere Verringerung des Fehlbetrages dadurch erreicht, daß die Bürgersteuer auf 300 v. H. des Zuschlags erhöht wird, die Mietbeihilfe für Erwerbslose herabgesetzt und die Gas- und Strompreise wieder auf den erhöhten Stand gebracht werden, den sie im Vorjahr gehabt haben. Dadurch ermäßigt sich der offene Fehlbetrag auf 1,86 Millionen. In dieser Form wird der Haushaltsplan dem Landesparlament vorgelegt werden. Der Oberbürgermeister teilt mit, daß die Stadtverwaltung zum erstenmal ihren Gläubigern die Mitteilung gemacht habe, daß sie nicht in der Lage sei, den Schulendienst vom 1. Juli an weiter pünktlich durchzuführen, und deshalb um Stundung auf unbestimmte Zeit nachsuchen müsse.

Vor einem Zwangsset in Lahe. Der Stadtrat Lahe behandelte in seinen letzten Sitzungen den neuen Voranschlag. Zu ausreichenden Beschlüssen hinsichtlich der Deckungsvorschläge des Bürgermeisters für den ungedeckten Aufwand ist es noch nicht gekommen. Die Form des Beschlusses, der die Deckungsvorschläge ablehnt, ist noch nicht schriftlich fixiert, an einer Ablehnung ist aber nicht zu zweifeln. Sobald dieselbe rechtsgültig zustandegekommen ist, muß der Voranschlag durch den Bürgermeister in Kraft gesetzt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Eugenberg über die Preußen-Vorgänge. In der dicht besetzten Karlsruher Festhalle sprach Donnerstagabend der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geh. Rat Eugenberg. Er begrüßte zunächst das Vorgehen des Reichsministers in Preußen, das er als einen Erfolg des Nationalismus bezeichnete, und gab dann einen Überblick der Politik der vergangenen Jahre. Es sei nicht die Schuld der Deutschnationalen gewesen, wenn sie immer nur Kritik üben mußten und nicht praktisch mitarbeiten konnten. Die DNVP habe ein Staats- und Wirtschaftsprogramm unter dem Namen „Freiheitsprogramm“ ausgearbeitet. Wer sich heute zur Macht berufen fühle, der müsse das Recht zur Macht mitbringen, d. h. er müsse in der Lage sein, die Probleme zu meistern. Aber allem müsse aber der Staat stehen. Ein deutscher Staat könne nur aufgebaut werden auf dem Gesichtspunkte der Dezentralisation, nicht auf der weitgehenden Zentralisation. Die Länder müßten wieder Träger der Verwaltung sein. Die Deutschnationalen seien mit dem freiwilligen Arbeitsdienst einverstanden, aber auch mit einer Arbeitsdienstpflcht. In dieser Arbeitsdienstpflcht lägen die Deutschnationalen einen Übergang zur Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht.

Ziehung „Wir wollen helfen!“ Die am 18. Juli im Landesgewerbeamt Karlsruhe vor aller Öffentlichkeit stattgefundene Ziehung hat ergeben, daß der 1. Haupttreffer der Lotterie, bare 10 000 RM., auf die Losnummer 145 478 gefallen ist. Der 2. Haupttreffer mit 3000 RM. fiel auf Nr. 215 386, welche beide Mittelungen ohne Verbindlichkeit weitergegeben werden. Alle Nummern, welche auf 18, 36, 56, 76, 96 enden, erhalten Trostgewinne. Genaue zuverlässige Angaben enthält die amtliche Ziehungsliste, welche gegen Voreinsendung von 10 Pf. und Rückporto am besten von der Lotteriegeschäftsstelle, Karlsruhe, Friedrichsplatz 7, bezogen werden kann. Allen Helfern sei auch hierdurch namens der Erholungsfinder der allerherzlichste Dank ausgesprochen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Die Operette „Gräfin Mariza“ erfreut sich steigender Beliebtheit. Jede Aufführung löst Stürme des Beifalls aus, wozu außer der schmissigen Musik auch die famose Darstellung des Künstlerpersonals beiträgt. Heute abend 20 Uhr findet eine Wiederholung statt.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Die Wetterlage auf dem Kontinent zeigt auch heute noch keine Änderung. Die bestehende Bitterung wird daher andauern. **Vorausgabe:** Fortdauer der bestehenden kühlen Bitterung mit zeitweisen Niederschlägen.

Wasserstände: Waldshut 428 minus 8, Basel 240 plus 4, Schusterinsel 310 plus 4, Rheinweiler 83 minus 1, Rehl 448 plus 6, Mayau 824 minus 6, Mannheim 543 minus 13, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Politische Zwischenfälle

bid. Heidelberg, 21. Juli. Die Badenwacht wollte in der „Harmonie“ in Heidelberg eine Versammlung abhalten, die schon nach wenigen Minuten von den anwesenden politischen Gegnern gestört wurde. Es kam zu einer Schlägerei mit Stuhlbeinen und Gläsern. Auf beiden Seiten mußten einige Leute mit blutigen Köpfen nach Hause ziehen. Die Polizei vertrieb die Ruhestörer mit dem Gummiknüppel und säuberte die Straßen.

bid. Forstheim, 21. Juli. Mittwoch abend kam es verschiedentlich zu Zusammenstößen politischer Gegner, die ein erhöhtes Eingreifen der Polizei nötig machten zur Säuberung der Straßen. Zwei Lokale wurden nach Waffen durchsucht, in die sich die kommunistischen Angreifer zurückgezogen hatten. Die Polizei sperrte die Straßen ab und ging mit dem Gummiknüppel vor. Noch spät in der Nacht durchfuhr ein Scheinwerferwagen der Polizei die Straßen und leuchtete sie ab, doch herrschte wieder völlige Ruhe.

bid. Steinbach (Amt Bühl), 20. Juli. Wegen der Vorfälle am vorletzten Sonntag anlässlich einer Versammlung des Jung-Zentrums sind in Steinbach, Maitatt und Baden-Baden insgesamt sechs Verhaftungen erfolgt. Darunter befindet sich der N.-Führer von Steinbach, Fritz Pfeiffer.

Unwetter und Brände in Baden

bid. Konstanz, 21. Juli. Über einen Teil des Untersees und des benachbarten Kantons Thurgau ging am Mittwochabend ein schweres Unwetter nieder. Nach starken längere Zeit andauernden Wolkenbrüchen führten die Ortbäche zum größten Teil Hochwasser, das großen Schaden anrichtete. In Ermatingen mußte die gesamte Feuerwehr alarmiert werden, da der Dorfbach sich zu einem reißenden, zwei Meter breiten Strom entwickelt hatte. Die Fluten drangen in die Häuser ein und überschwemmten auch den Bahndamm. Der letzte Zug Schaffhausen-Konstanz konnte nicht mehr weitergeführt werden, da der Bahndamm gefährdet war. In Mammernbach war der Ortbach innerhalb kurzer Zeit auf vier Meter Höhe gestiegen; die Fluten stürzten mit voller Wucht gegen den Bahndamm und spülten ihn hinweg. In Steinhorn drang das Wasser in die Häuser und richtete dort arge Verwüstungen an. Wegen Gefährdung des Bahndammes konnte der Nachtschnellzug nach Büsch nur mit Verspätung abgelassen werden.

Aus mehreren anderen Gemeinden am Untersee liegen ebenfalls Unwettermeldungen vor, aus denen hervorgeht, daß Wiesen und Felder überschwemmt und durch den Schlamm und zurückgelassene Geröllmassen schwerer Schaden angerichtet wurde.

bid. Yringen am Kaiserstuhl, 21. Juli. Wie sich jetzt übersehen läßt, ist bei dem Unwetter in der letzten Woche entstandene Schaden zum Teil sehr erheblich. Von den Nebbergen wurden am härtesten mitgenommen die bekannten Qualitätslagen Winkler- und Johrenberg und angrenzende kleinere Ge-

wanne. Hier stehen die Reben vielfach ebenso kahl da, wie feinerzeit im Unglücksjahr 1923 nach dem Hagelschlag, wo die gesamte Getreidernte samt den Reben vernichtet wurde. Am härtesten trifft die Landwirte die Verheerungen der Getreidefelder auf der Dreifelder Gemarkung. Es besteht wenig Aussicht, von dem Getreide noch einen Körnerertrag zu erhalten, zumal bei anhaltender naßer Bitterung die Gefahr des Faulens besteht. Dies ist auch bei den übrigen vom Hagel zwar nahezu verschonten Getreidefeldern, die jedoch von dem heftigen Sturm und dem wolkenbrüchigen Regen gleichfalls zu Boden gedrückt wurden, zu befürchten.

Zur Linderung der schweren Not in dem von der Unwetterkatastrophe heimgeführten Kaiserstuhlgemeinden hat sich unter dem Vorsitz des Landeskommissärs von Freiburg ein Hilfsausschuß gebildet, der sich mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit wendet, in dem um Spenden für die in schwerer Notlage befindlichen Kaiserstühler Winzerbevölkerung gebeten wird. Zur einheitlichen Durchführung der Hilfsaktion wird darum gebeten, soweit schon Geldspenden gesammelt worden sind, diese dem Hilfsausschuß für die Kaiserstuhlnothilfe zur Verfügung zu stellen. Dabei werden etwaige besondere Wünsche der Spender Berücksichtigung finden. Geldspenden bitten wir zu senden unter der Bezeichnung „Kaiserstuhl-Nothilfe“ an die Städtische Sparkasse Freiburg, Postfachkonto Karlsruhe 2312, oder an die Hochberger Sparkasse Emmendingen, Postfachkonto Karlsruhe 3274. Sammlungen von Lebensmitteln wollen die Bürgermeisterämter einleiten.

bid. Mundelfingen, 20. Juli. Vermutlich infolge Kurzschluß geriet das Anwesen des Bauers Jäger in der Nacht auf Sonntag in Brand. Die Scheune brannte mit den neuen Heuborren völlig nieder; vom Wohnhaus konnte das untere Stockwerk gerettet werden. Die Fahrnisse sind zum größten Teil verfault.

bid. Fischenbach (bei Neustadt), 20. Juli. In der Nacht auf Montag wurde in Unterfischenbach der sog. Votenhof, eines der größten und ältesten Gebäude der Umgebung, völlig durch Feuer vernichtet. Außerdem verbrannten ein Kalb und zwei Fiegen und ein drei Zentner schweres Schwein. Man nimmt Brandstiftung an.

*** Ittendorf, 22. Juli.** In der vergangenen Woche fand an der Badischen Bauernschule Ittendorf ein Fortbildungskurs der badischen Landesökonomieämter statt, der von 36 Teilnehmern besucht war. Vom 1. bis 4. August wird ein dreitägiger Lehrgang für ländliche Volks- und Fortbildungsschullehrer über „Bäuerliche Bildungs- und Kulturfragen“ abgehalten. Es werden hier Erziehungsprobleme des Landes behandelt, sowie Fragen des Bauernturns, bäuerlicher Sitte und Kultur. Vom 8. bis 11. August schließt sich ein ähnlicher Lehrgang für lat. Landgeistliche an.

bid. Wälldorf (bei Biesloch), 21. Juli. Mittwochabend wurde der in den einseitigen Ruhestand versetzte 33jährige Ratsschreiber Philipp Wenger und seine Ehefrau in der mit Gas angefüllten Küche ihrer Wohnung bewußtlos aufgefunden. Sie gaben nur noch schwache Lebenszeichen von sich und es ist sehr zweifelhaft, ob die beiden dem Leben erhalten werden können. Der Grund zu dieser Tat ist darin zu erblicken, daß Ratsschreiber Wenger wegen Steuerhinterziehung vom Amtsgericht Heidelberg zu einer ansehnlichen Geldstrafe verurteilt und daraufhin von der Gemeindeverwaltung vorläufig seines Dienstes enthoben wurde, welchen Beschluß der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung in eine endgültige Entlassung umwandelte. Wenger nahm sich die Folgen seiner Verurteilung so zu Herzen, daß er mit seiner jungen Frau zusammen zu diesem unglücklichen Schritt getrieben wurde.

bid. Bühl, 21. Juli. Bei der am Mittwoch erfolgte Zwangsversteigerung des Kurhauses Sand wurde der Zuschlag auf das Gebot der Städtischen Sparkasse Bühl mit 85 800 RM erteilt. Auf dem Anwesen ruht noch eine Aufwertungsypothek von 87 500 RM, so daß durch die Versteigerung ein Gesamtwert von 73 800 RM einschließlich Einrichtung und Wiesen festgestellt wurde. Das Hotel wurde notariell ohne Einrichtung zu 80 000 RM und mit Einrichtung zu 100 000 RM geschätzt. Der Zuschlag erfolgt erst in 14 Tagen. Die Sparkasse geht bereits in ausschüttsreicher Verhandlung, ihr Mißangebot an einen Interessenten abzutreten. Bisherige Eigentümerin war die Gesellschaft für Genußungsfürsorge Großherzog-Friedrich-Stiftung, Sitz Mannheim.

bid. Waldkirch, 21. Juli. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Fackler wurde nach einem Vortrag von Direktor Dr. Schwörer eine Volkseigenenschaft für den Bezirk Waldkirch gegründet. Der Mißpreis wird am 1. August auf 26 Pf. herabgesetzt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	22. Juli		21. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169,68	170,12	169,68	170,03
Kopenhagen 100 Kr.	80,57	80,73	80,82	80,98
Italien . . . 100 L.	21,46	21,00	21,46	21,50
London . . . 1 Pf.	14,96	15,00	15,00	15,04
New York . . . 1 D.	4,209	4,217	4,209	4,217
Paris . . . 100 Fr.	16,485	16,525	16,485	16,525
Schweiz . . . 100 Fr.	81,89	82,05	81,89	82,05
Wien 100 Schilling	61,95	62,05	61,95	62,05
Bras. 100 Kr.	12,465	12,485	12,465	12,485

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 20. Juli 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 20. Juli 1932 für eine Unze Feingold 115 sh 7 d, in deutscher Währung nach dem Berliner Mitteltkurs für ein englisches Pfund vom 20. Juli 1932 mit 15 RM umgerechnet = 86,6375 RM, für ein Gramm Feingold demnach 44,5930 pence, in deutsche Währung umgerechnet = 2,8706 RM.

Steingewerkschaft Friedrichsfehd. Die ordentliche Generalversammlung genehmigte die Regularien gemäß den Vorschlägen der Verwaltung und setzte die durch die Notverordnung unwirksam gewordenen Bestimmungen des Gesellschaftsstatuts neu in Kraft. Die infolge der Notverordnung erforderliche Neuwahl des Aufsichtsrates ergab die Wiederwahl der jetzigen Mitglieder. Die Verhältnisfrage haben im neuen Geschäftsjahr gleichermaßen erledigt.

Licht- und Kraftstromversorgung Wiesloch e. G. m. b. H. Die 12. ordentliche Hauptversammlung der Licht- und Kraftversorgung Wiesloch e. G. m. b. H. genehmigte den Jahresabschluss, die Gewinn- und Verlustrechnung und die Revisionsberichte. Für das Geschäftsjahr 1931/32 ergibt sich ein Meingewinn von 23 930 RM, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Entlastung wurde erteilt und Bürgermeister Heinzmann, Dörfingen, neu in den Vorstand gewählt. In den Ausschüßrat wurden die Bürgermeister Adam, Wühlhausen, und Reff, Wingoheim, bestimmt. Die Bilanz schließt mit 1 586 920 RM, die Gewinn- und Verlustrechnung per 31. März 1932 mit 772 972 RM ab. Die Zahl der Mitglieder betrug 46.

Die Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Karlsruhe schreibt uns: Infolge der auf Grund der allgemeinen Wirtschaftskrise stetig steigenden Abhebungen unserer Einlegerkundschaft und in Ansehung der Tatsache, daß die an die Schuldner herausgegebenen Gelder nicht im gleichen Maße flüssig gemacht werden können, sieht sich die Verwaltung genötigt, ein Moratorium anzukündigen. Alle Zahlungen werden ab 21. d. M. bis auf weiteres ausgesetzt. Das gerichtliche Verfahren ist eingeleitet. Auf Grund der letzten durchgeführten Bilanzprüfungen ist, wie wir hören, die Bilanz aktiv, so daß eine Gefahr für die Guthaben der Gläubiger nicht bestehen dürfte.

Vergleich der Webererei Fahrenau & Langenau AG. In dem vor dem Amtsgericht Schopfheim stattgefundenen Vergleichstermin der Webererei Fahrenau & Langenau AG. wurde der bereits veröffentlichte Vergleichsvorschlag seitens der beteiligten Gläubiger angenommen.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:
Kanzleihilfe Wilhelm Freund beim Notariat Bruchsal zum Kanzleihilfen, Kanzleihilfin Ella Baur beim Amtsgericht Karlsruhe zur Kanzlistin.
Zur Ruhe gesetzt auf Antrag:
Justizsekretär Friedrich Woll beim Notariat Weinheim bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Oeffentliche Sparkasse Biberach

Bilanz per 31. Dezember 1931.

Aktiva	RM	Passiva	RM
1. Kasse	1 427,70	1. Spareinlagen	317 134,83
2. Bad. Kommunale Landesbank	17 635,33	2. Aufwertungs-Spareinlagen	101 965,95
3. Einlage beim Spargiroverband	6 000,—	3. Giroeinlagen	7 294,77
4. Guthaben bei Banken und Postfisch	1 250,19	4. Rücklage für Aufwertung im Jahre 1931	1 000,—
5. Konto-Korrent-Forderungen	43 693,96	5. Reingewinn 1931	3 885,90 RM
6. Hypotheken-Darlehen	187 218,02	abzgl. Abschreibung auf Grundstücke	3 175,70 "
7. Schuldschein-Darlehen	46 066,15		710,20 RM
8. Gemeinde-Darlehen	14 700,—	Rücklage v. früheren Jahren	18 953,36 "
9. Wertpapiere	21 508,—		19 668,56
10. Grundstücke u. Gebäude	20 000,—		
11. Einrichtung	670,—		
12. Rückstandszinsen	9 984,60		
13. Vorschüsse gegen Wiedererzähl	69,58		
14. Aufwertungs-Forderungen	52 503,71		
15. Aufwertungs-Rückstandszinsen	1 409,15		
16. Aufwertungs-Abrechnungsfondo	23 927,72		
	447 064,11		447 064,11

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 426 395,55 RM Einlagen = 34 111,65 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 19 668,56 "
Was zur satzungsmäßigen Höhe fehlen somit 14 443,09 RM
Biberach/Baden, 13. Juli 1932.

Oeffentliche Sparkasse Biberach
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Rechner: Kaiser
Simelsbach, Bürgermeister



Badisches Landestheater

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus Samstag, den 23. Juli 1932 Zum erstenmal

Die Gescha

Eine japanische Teehausgeschichte mit Musik von Owen Hall und Harry Greenbank
Musik von Sidney Jones
Deutsch von C. M. Roehr und Julius Freund
Dirigent: Jäger
Regie: Reizner
Mitwirkende:
Schwarz, Hellmuth, E. Ribinius, G. Lindemann, Schaaf, Jofet, Köhler, Kräper, Eberl, Dahlinger, Fischer, Pierment, G. Ribinius, Schmeiß, Mateo, Schönthal, Schmeiß, Macher, Meßner

Anfang 20 Ende geg. 22 1/2
Preise 1—3 RM

Co. 24.7. Die Dollarpfingstfest

Druck G. Braun, Karlsruhe

Oeffentliche Verbandssparkasse Meersburg

Bilanz per 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	20 728,45	Spareinlagen	1 316 450,21
Guthaben bei Banken und Postfischamt	41 744,55	Aufwertungs-Spareinlagen	386 778,21
Guthaben bei kommunalen Landesbanken	219 922,13	Giroeinlagen	93 237,96
Beschl. Kontokorrentkredite	183 463,—	Kontokorrenteinlagen	59 376,—
Hypothekendarlehen	920 079,68	Guthaben von Banken	5 499,15
Gemeinbedarfe	106 266,48	Rücklagen:	
Einlage v. Spargiroverband	35 200,—	a) gesetzl. Reservefonds	83 177,71
Grundstückskaufgelder	6 049,60	Reingewinn im Jahre 1931	11 494,34
Schuldverschreibungen	82 456,38		
Einnahmerückstände	58 790,63		
Betriebskosten und sonst. Vorschüsse	1 169,67		
Veräufschaffen	1,—		
Aufwertungs-Forderungen	234 981,30		
Aufwertungs-Abrechnungsfondo	40 530,55		
	1 956 014,08		1 956 014,08

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 861 341,— RM = 148 907,28 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 94 672,55 RM
Mithin Fehlbetrag 54 234,73 RM

Meersburg, den 12. Juli 1932. E. 65
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsleiter: Dr. Moll, Bürgermeister. Karg.

Badischer Teil

Der nationalsozialistische „Führer“ auf drei Tage verboten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ ist vom Minister des Innern auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 mit Wirkung vom 25. Juli 1932 auf die Dauer von 3 Tagen verboten worden. Das Verbot umfasst auch das im Führer-Verlag erscheinende Kopfbild „Der Alemanne“ sowie jede angeblich neue Druckschrift, die sich inhaltlich als die alte darstellt oder als ihr Erbsatz anzusehen ist.

Anlaß zu dem Verbot gab ein Artikel in der Folge 188 vom 24. Juli 1932 unter den Schlagzeilen: „Was geht in Baden vor? Der Separatismus erhebt wieder sein Haupt! 50-Kilometer-Zone, Generalstreik und Polizei. Wir fordern die sofortige Einsetzung des Reichskommissars für Baden.“ Der Artikel enthält Mitteilungen über angebliche Bestrebungen in Baden, gegen das Reich nicht nur Obstruktionspolitik zu treiben, sondern es unter Umständen ganz offen zum Bruch mit dem Reich kommen zu lassen. Bei Unruhen sei in Baden die Haltung der Polizei entscheidend, die in den Händen des roten Ministers Maier und des bekannten Ministerialrats Bard liege. Weiter wurde behauptet, es werde in den Reihen der Polizei seitens der „Eisernen Front“ eine unerschütterliche Gehe trieben, die nicht nur dahin zielt, die badische Polizei für den Fall eines roten Generalstreiks zu „neutralisieren“, sondern sie direkt zur Teilnahme am evtl. marxistischen Generalstreik aufzufordern. Man habe bis zum Augenblick nichts davon gehört, daß das badische Innenministerium gegen die rote Streiftruppe irgendwelche Schritte unternommen hätte. Es scheinen sich demnach augenblicklich in Baden ungehindert Tendenzen auszubreiten, die sich nicht nur gegen die Reichsregierung richten, sondern offensichtlich einen Anschlag auf die Einheit des Reiches bedeuten. Es sei die allerhöchste Zeit, daß die Reichsregierung in Baden nach dem Rechte sehe, bevor hier der offene Bürgerkrieg zum Ausbruch komme und die Separatistengruppen der schwarz-roten Clique greifbare Gestalt annehmen.

Im Schlußabsatz des Artikels wurde ausgeführt, die Nationalsozialisten hätten in Baden nicht das Vertrauen, daß diese Regierung mit dem gebotenen Nachdruck gegen die separatistischen Bestrebungen bestimmter Kreise Front mache. Deswegen und um einem fürchterlichen Blutvergießen, das in dem Augenblick, wo diese Kreise ihre Drohungen in die Tat umzusetzen versuchten, unvermeidlich sei, vorzubeugen, forderten sie gebieterisch die sofortige Einsetzung eines Reichskommissars für Baden.

Durch die Behauptung, daß die badische Regierung Zustände in der Polizei suche, welche die Voraussetzung zum nahe bevorstehenden offenen Bürgerkrieg seien, in dem die Nationalsozialisten dann mit Sägen und Sähen, mit Sägen und Sähen, mit Pulver und Blei, mit Blut und Eisen kämpfen würden, wird die badische Regierung, also das höchste Organ des badischen Staates, böswillig verächtlich gemacht. In einem amtlichen Presseempfang am 22. d. M. hat der badische Staatspräsident Dr. Schmitt über das Verhältnis zum Reich ausgeführt, die badische Regierung stehe absolut auf dem Boden der Reichsverfassung und sei absolut reichstreu; das habe sie nicht nur seinerzeit bei dem gemeinsamen Schritt der süddeutschen Regierungen in Berlin betont, sondern auch vor etwa 3 Wochen schriftlich dem Reichsinnenminister zur Kenntnis gebracht. Baden werde alle Notverordnungen des Reichs ausführen, auch wenn politische oder rechtliche Bedenken dagegen beständen. Insbesondere werde Baden mit Nachdruck die Notverordnung bezüglich der öffentlichen Ruhe und Ordnung durchzuführen; es werde alles unternommen, um zu verhindern, daß Blut fliehe.

Trotz dieser amtlichen Erklärung erhebt „Der Führer“ den kaum verhüllten Vorwurf, die badische Regierung begünstige separatistische Tendenzen; hierdurch wird das höchste Organ des Landes als einer niederrichtigen Infamie für fähig erklärt, deshalb als mit einem fittlichen Makel behaftet und der Achtung der Volksgenossen unwürdig hingestellt.

Die Behauptungen des „Führer“ enthalten zugleich eine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des badischen Staates. Die angeführten Tatsachen über eine Zersetzung der badischen Polizei, über Zustände im öffentlichen Leben, unter denen der nahe bevorstehende Ausbruch des offenen Bürgerkrieges nur durch die sofortige Einsetzung eines Reichskommissars in Baden verhindert werden könne, sind unwahr; sie sind geeignet, lebhafte Beunruhigung und tiefgehende Erregung in der durch den vorgeschrittenen Wahlkampf innerlich schon stark aufgewühlten Bevölkerung des Landes hervorzurufen. Mitteilungen in so maßloser und verheerender Sprache über Verhältnisse in Baden gefährden auf das schwerste auch die wirtschaftlichen Belange des Landes, das, wie bekannt, auf den Fremdenverkehr gerade in der Hauptreisezeit wesentlich angewiesen ist.

Nur die Rücksicht auf die gegenwärtige Wahlzeit hat die Regierung veranlaßt, das Verbot auf drei Tage zu beschränken, sonst wäre im Hinblick auf die Schwere der vollständig aus der Luft gegriffenen, verleumderischen Behauptungen des nationalsozialistischen Blattes eine weit längere Dauer des Verbotes ausgesprochen worden.

Der Haushalt der Stadt Durlach. Trotz radikaler Streichungen auf der Ausgabeite konnte der Voranschlag bis jetzt nicht ausgeglichen werden. Von einer Steuererhöhung wurde mit Rücksicht darauf, daß Durlach mit seiner steuerlichen Belastung ungefähr an der Spitze der badischen Städte steht, abgesehen. Der Stadtrat konnte sich nicht entschließen, dem Voranschlag die Zustimmung zu geben, so daß voraussichtlich der Bürgermeister von sich aus eine Anordnung erlassen muß. Der Stadtrat hat auf Antrag der NSDAP eine Entschließung gefaßt, wonach nochmals geeignete Schritte zur Einführung einer Warensteuer und Fiktionalsteuer unternommen werden sollen. Ein Antrag der gleichen Partei auf härtere Besteuerung der Körnervereine fand nicht die erforderliche Unterstützung.

Aubischer Tag in Baden

Der gestrige Sonntag ist trotz zahlreicher politischer Versammlungen ruhig verlaufen.

Seidberger Universität und Studentenschaft

Bekanntlich hat das badische Unterrichtsministerium der Wiedererrichtung eines Allgemeinen Studentenausschusses unter gewissen Bedingungen zugestimmt. Die Deutsche Studentenschaft Heidelberg bezeichnet die vorgelegte Satzung für unannehmbar; insbesondere verweigert sie der folgenden Bestimmung die Anerkennung: Die Studentenschaft kann sich mit Studentenschaften des deutschen Sprachgebietes, die in gleicher Weise wie die Studentenschaft der Universität Heidelberg zusammengesetzt sind, zusammenschließen, jedoch bedarf ein derartiger Beschluß, sowie die Abführung für einen solchen Gesamtverband der vorherigen Zustimmung des Ministeriums. Laut Beschluß des Engeren Senats hat der Rektor mit Rücksicht auf die propagandistische Tätigkeit des „Seidberger Studenten“ dessen Aufhebung in den Räumen der Universität Heidelberg und ihrer Institute usw. bis auf weiteres unterjagt.

Tagungen

Der Reichsverband der Handelskassen- und Rabattsparvereine Deutschlands hält in diesen Tagen in Karlsruhe seine 30. Jahresversammlung ab. Die Organisation zählt über 33 000 Mitglieder. Die dem VV-Verband angehörenden Vereine haben im letzten Jahre der bargahlenden Rundschau den Betrag von 24,5 Millionen an erpartem Rabatt ausgezahlt, also 1,5 Millionen Reichsmark mehr als im Jahre 1930. Die Gesamtsumme des seit der Währungsstabilisierung ausgezahlten Rabatts hat damit den Betrag von rund 100 Millionen Reichsmark erreicht. Für die Winterhilfe sind durch die Rabattsparvereine mehr als eine halbe Million Reichsmark zur Verfügung gestellt worden. Der Jahresbericht des Verbandes fordert ein lückenloses Zugabeverbot und lehnt Währungsexperimente wie auch Anleihebestrebungen ab.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 39 enthält eine Verordnung des Ministers des Innern über Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung der Reichsregierung über die Verordnungen zur Führung der Berufsbezeichnung „Baumeister“ (Baumeister-Verordnung) vom 1. April 1931, ferner eine solche des Ministers des Innern und des Justizministers zur Verlängerung der Pachtverordnungen.

Gemeinderundschau

Der Voranschlag in Ettlingen weist einen Fehlbetrag von 200 000 M auf. Der Bürgerausschuß wird sich damit nicht beschäftigen, da er keine Deckungsmöglichkeiten genehmigen will. Der Fehlbetrag ist hauptsächlich durch die großen Fürsorgekosten herbeigeführt worden. Er wird nun zunächst dem Bezirksamt unterbreitet.

Der Haushaltsausgleich in Weil a. Rh. In der Gemeinderatsitzung wurde bekanntgegeben, daß die Gewährung von Reichszuschüssen für die Unterhaltung der Bohnfabriksverwerkslosen davon abhängig gemacht wird, daß neben der gesetzlichen Bier- und Getränkesteuer auch die dreifache Bürgersteuer eingeführt wird. Da der ganze Umlagertrag für Fürsorgezwecke verwendet werden muß, wird zum Ausgleich des Etats noch eine Wassergrundgebühr eingeführt, da das Bezirksamt angewiesen ist, nur den wirklich ausgeglichenen Etat zu genehmigen. Nach Ablehnung durch den Gemeinderat setzte der Bürgermeister die entsprechenden Beschlüsse in Kraft.

Bürgersteuer in Leutershausen. Der Bürgermeister hat auf Grund der Haushaltsnotverordnung die vom Gemeinderat abgelehnte Erhebung der Bürgersteuer im dreifachen Landesfuß und der Gemeindegründsteuer in Höhe von 10 Prozent des Kleinhandelspreises in Kraft gesetzt. Trotz dieser neuen Steuern kann der Voranschlag nicht ausgeglichen werden, da die Fürsorgekosten ständig steigen. Diese belaufen sich nach dem Voranschlag auf 60 000 M, während die Gemeindeumlage nur 31 000 M erbringt.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Hausbesitzer protestieren gegen die Umlagerhöhung. In einer überfüllten Versammlung des Karlsruher Haus- und Grundbesitzervereins wurde gegen die von der Stadtverwaltung geplante Erhöhung der städtischen Umlage Einspruch erhoben, da diese eine außerordentliche Mehrbelastung des Hausbesitzes darstelle. Es wurde größere Sparmaßnahmen bei der Stadt und endlich Aufhebung der unnötigen Regiebetriebe, wie Milchzentrale, Sargfabrik und Spantorbefabrik, gefordert. Sämtliche städtische Betriebe müßten auf den Stand von 1913 zurückgeschraubt werden.

Zur Aushebung einer Schwarzbrennerei in der Südstadt meldet der Polizeibericht: Am Samstagvormittag hob die Gewerbebehörde unter Mitwirkung eines Sachverständigen der Zollfahndungsstelle in der Viktoriaplatz eine Schwarzbrennerei aus, die von ihr in den letzten Tagen ermittelt worden war. Die Täter, ein Metzger und ein Schlosser, wurden von der Polizei festgenommen und nach Einvernahme ins Bezirksgefängnis eingeliefert. Im Laufe des Nachmittags wurde die beschlagnahmte Einrichtung von der Polizei abmontiert und samt dem beschlagnahmten Branntwein sichergestellt.

Auswüchse des Wahlkampfes. Drei Personen gelangten zur Anzeige, weil sie im Stadtteil Weiherfeld verschiedene Straßen mit Wahlsparolen beschrifteten.

Badisches Landesbühnen. Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Montagabend 20 Uhr findet wieder eine geschlossene Vorstellung für die Volksbühne statt. Die nächste öffentliche Aufführung ist am Dienstag, den 26. Juli. An diesem Abend wird die bei der Eröffnung am Samstag, den 23. Juli mit großem Beifall aufgenommene Operette „Die Geisha“ wiederholt.

Weiterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Montagmorgen. Ein Zwischenhoch hat uns gestern Aufheiterung gebracht, nachdem es am Samstag noch zu verschiedenen gewittrigen Schauern gekommen war. Heute morgen hat sich eine Zykone, die gestern zwischen Island und Schottland lag, mit südöstlichem Kurse soweit vorgearbeitet, daß die maritimen Luftmassen ihrer Vorderseite im Kanal ansetzen und über England zu verbreiteten Niederschlägen führen. Mit dem weiteren Vordringen der Zykone steht uns erneute Verschlechterung des Wetters bevor, die sich noch heute — von Gewittern eingeleitet — vollziehen wird. Voraussage: Volkig und zeitweilige Regenfälle, zum Teil gewittriger Art, kühl bei meist lebhaften Westwinden.

Wasserstände: Badstut 420 minus 8, Basel 230 minus 2, Schutterinsel 298 minus 2, Rheinweiler 70 minus 1, Rehl 435 unbeeinträchtigt, Raxau 617 minus 9, Mannheim 646 plus 4, Gaub über 200 Zentimeter.

Ausgewählte Nachrichten aus Baden

bid. Mannheim, 26. Juli. Für das Studienjahr 1932/33 wurde der Ordinarius der Betriebswirtschaftslehre, Professor Dr. phil. Heinrich Sommerfeld, zum Rektor der Handelshochschule gewählt. Der neue Rektor, der gleichzeitig als ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Heidelberg wirkt, ist Mitbegründer der Zeitschrift für Betriebswirtschaft und steht im 49. Lebensjahre.

Mannheim, 26. Juli. Die Mannheimer Polizei warnt. In den letzten Tagen bildeten sich verschiedentlich vor Häusern, aus denen politische Fahnen ausgehängt waren, Ansammlungen, die wiederholt zu Tätlichkeiten führten. Sollten sich die Ausschreitungen fortsetzen, so wird sich das Polizeipräsidium genötigt sehen, das Aushängen von politischen Fahnen aller Richtungen vorübergehend zu verbieten.

Heidelberg, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Hier starb am Sonntag im Alter von 72 Jahren Generalkonsul und Bankdirektor a. D. August Keiser. Der Verstorbene stammte aus Müllheim (Ruhr), war in jungen Jahren Privatsekretär von Friedrich Alfred Krupp und weilte dann von 1883 ab längere Zeit im Auslande. Im Jahre 1905 hat er im Auftrag der Dresdner Bank deren Mannheimer Filiale gegründet und gehörte später, von 1911 bis 1925, dem Vorstand der Rheinischen Kreditbank an. In den letzten Jahren wohnte er in Heidelberg. Er war zehn Semester lang auch Dozent an der Mannheimer Handelshochschule, wo er Geld-, Bank- und Börsenwesen behandelte. Von 1914 bis 1925 ist er auch Leiter des türkischen Generalkonsulates in Mannheim gewesen. In zahlreichen industriellen Unternehmungen Badens und Süddeutschlands war er Mitglied oder Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Bretten, 23. Juli. Heute nacht sind hier vier Anwesen niedergebrannt, darunter die Gaertische Mühle. Die Bewohner konnten fast nichts von ihrer Habe retten. Der Schaden wird auf 250 000 M. geschätzt und nur zum geringen Teil durch Versicherung gedeckt. Die Prandursache ist unbekannt. Außer dem Anwesen des Müllers Gaert branneten auch die Anwesen von Hellmann und Mast sowie von Brioni und Stoll nieder, während das Wohnhaus und Ökonomiegebäude von Jonsius schwer durch Feuer- und Wasserschaden gelitten hat. Brandgeschädigte sind auch die Familien Haas und Schrupp.

Gaggenau, 22. Juli. Eine um die deutsche Turnfrage hochverdiente Persönlichkeit, Kaufmann August Barth, der lange Jahre an der Spitze des Sängerturnerbundes Gaggenau stand, ist einem Herzschlag erlegen. Der Verstorbene war auch lange Jahre hindurch im Gemeinderat tätig. 1919 hatte man ihm das Bürgermeisteramt angetragen; doch verzichtete er mit Rücksicht auf seine schon damals angegriffene Gesundheit.

bid. Bühl, 22. Juli. Die Städtische Sparkasse hat das von ihr am Montag versteigerte Kurhaus Sand an Hoteldirektor Guste von Meersburg für die neugegründete Kurhaus Sand G. m. b. H. abgetreten. Die Sparkasse wird damit für ihre Forderung in voller Höhe befriedigt.

bid. Freiburg, 25. Juli. Für die in der Zeit vom 20. bis 31. Juli in Freiburg stattfindenden Deutschen Studentischen Kampfspiele 1932 sind von insgesamt 48 in- und ausländischen Hochschulen 800 Meldungen eingegangen, die sich auf 688 Studenten und 122 Studentinnen verteilen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank (Amtlich)

	25. Juli		26. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.68	170.12	169.68	170.02
Kopenhagen 100 Kr.	80.47	80.63	80.47	80.63
Italien . . . 100 L.	21.46	21.50	21.46	21.50
London . . . 1 Pf.	14.96	15.00	14.95	14.99
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.485	16.525	16.485	16.525
Schweiz . . . 100 Fr.	81.89	82.05	81.89	82.05
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Staatsanzeiger

Lebensrettung. Dem Herrn Postassistenten Albert Hedmann in Heidelberg, Franz-Knauff-Strasse 26, der am 23. Juni 1932 den 4 1/2 Jahre alten Albert Staudinger aus Heidelberg durch mutiges, entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar bei der alten Brücke in Heidelberg gerettet hat, spreche ich hiermit eine öffentliche Belobung aus.

M a n n h e i m, den 19. Juli 1932.
Der Landeskommissar:
Scheffelmeier.

Personeller Teil

Ernennungen, Vertretungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts:

Kraft Gesetzes tritt auf den 1. November 1932 in den bauernden Ruhestand:
Professor Adolf Schmid an der Kunstgewerbeschule Pforzheim.

Katholische Kirchengeldververwaltung:
Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Oberrechnungsrat Eduard Wendler beim katholischen Oberstiftungsamt.

Gestorben:
Hauptlehrerin Helene Kunst am badischen Landeskruppelheim (Waldenheim) in Heidelberg-Schlierbach am 8. Juli 1932; Fortbildungsschulhauptlehrerin Verta Martin in Freiburg i. Br. am 8. Juli 1932.

Justizministerium:
Planmäßig angeheilt:
Bachmeister Hermann Mayer beim Amtsgericht Mannheim.

Ernannt:
Zustizassistent Karl Stadelmaier beim Notariat Schopfheim zum Justizsekretär.

Verteilt:
Justizrat Dr. Wilhelm Rothfritsch in Durlach nach Pforzheim, die Justizobersekretäre Franz Köhler beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Heidelberg, Ludwig Hermann beim Amtsgericht Gengenbach zum Justizministerium.

Gestorben:
Amtsgerichtsrat Walter Wirthwein in Mannheim.
Ministerium der Finanzen
In den Ruhestand versetzt:
Förster Heinrich Pfisterer in St. Leon.

Zentralhandelsregister für Baden

Baden-Baden. C.131

Handelsregisteramt
Abt. A Bd. III O.-Z. 118:
Firma Jakob Broß, Inh.
Hedwig Broß in Baden-
Baden: Die Firma lautet
jetzt: Jakob Broß, Inhaber
ist jetzt: Frau Marie
Stark, Witwe in Baden-
Baden.
Baden-Baden, 30. Mai
1932.

Amtsgericht I.

Buchen. C.119

Handelsregister A (Wall-
düren) O.-Z. 125: Karl
Farrrenkopf, Nippberg: Die
Firma ist erloschen.
Buchen, 17. Mai 1932.
Bad. Amtsgericht.

Emmendingen. C.109

Handelsregister A Bd. I
O.-Z. 280 S. 573: Firma
W. Ludwig & Co., Zigar-
rentenfabrik, Denslingen.
Inhaber: Berthold
Trohm, Fabrikant in Denz-
lingen, Wilhelm Ludwig,
Kaufmann in Denslingen.
Offene Handelsgesell-
schaft hat am 1. Mai 1932
begonnen.
Emmendingen, 23. Mai
1932.

Amtsgericht.

Freiburg, Bzsg. C.101

Handelsregister.
A Bd. IX O.-Z. 72 bei
Firma G. Ruhn, Freiburg:
Der Geschäftsführer Gustav
Ruhn sen. ist infolge Ab-
lebens ausgeschieden, an
dessen Stelle ist seine Wit-
we Marie Ruhn geb. Ge-
tten als Geschäftsführerin
eingetreten. Am 11. Mai
1932.

A Bd. VIII O.-Z. 132
bei Firma Otto Gmelin-
Volpp in Freiburg: Die
offene Handelsgesellschaft
ist durch das Ausscheiden
des Geschäftsführers Adam
Hübner aufgelöst; der bis-
herige Geschäftsführer Otto
Gmelin-Volpp ist jetzt allei-
niger Inhaber der Firma.
Am 17. Mai 1932.

A Bd. X O.-Z. 166:
Firma Schilling & Wehler
hat den Sitz von Hanau
nach Freiburg verlegt. In-
haber ist Kaufmann Hans
Schilling in Freiburg. Am
19. Mai 1932.

B Bd. VI O.-Z. 47 bei
Schaubhaus Otto Hadenjos
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Freiburg: Prä-
sident Anna Tremmel ist
nicht mehr Liquidator. Am
11. Mai 1932.

B Bd. III O.-Z. 72:
Babische Filmfabrik und
Copierwerke Aktiengesell-
schaft vorm. Welt-Kinema-
tograph in Freiburg ist ge-
mäß § 31 Abs. 2 G.W.B.
von Amts wegen gelöscht
worden. Am 17. Mai 1932.

B Bd. VI O.-Z. 63:
Die Rheinische Handels-
und Industrie-Aktiengesell-
schaft in Freiburg hat in
der Generalversammlung
vom 10. Mai 1932 die
Herabsetzung des Grund-
kapitals um 50 000 M
unter entsprechender An-
derung des § 5 des Gesell-
schaftsvertrags beschlossen.
Die Herabsetzung ist be-
reits erfolgt, das Grund-
kapital beträgt jetzt 50 000
Reichsmark. Am 18. Mai
1932.

B Bd. VI O.-Z. 60 bei
Deutsche Bank und Dis-
conto-Gesellschaft, Filiale
Freiburg (Weisgau): Die
Generalversammlung vom
23. März 1932 hat die
Herabsetzung des Grund-
kapitals um 141 000 000 M
beschlossen. Die Herab-
setzung ist durchgeführt.
Das Grundkapital beträgt
jetzt 144 000 000 M; es ist
eingeteilt in 110 000 Aktien
zu je 1000 M, 300 000
Aktien zu je 100 M und
200 000 Aktien zu je 20 M.
Alle Aktien lauten auf den
Inhaber. Die Generalver-
sammlung vom 23. März
1932 hat ferner beschlossen:
a) die kraft Gesetzes mit
Beibehaltung der General-
versammlung außer Kraft

tretenden Bestimmungen
des Gesellschaftsvertrags,
nämlich § 13 (Zusammen-
setzung und Amtsdauer des
Aufsichtsrats), § 14 Abs. 1
(Vergütung des Aufsicht-
rats) und § 27 Abs. 1 d
(Gewinnanteil des Auf-
sichtsrats) in teilweise ge-
änderter Fassung wieder
einzufügen, b) den Gesell-
schaftsvertrag in § 15
(Streichung von Absatz 4
und 7 letzter Satz und An-
derung der Bestimmungen
über die Berufung des
Aufsichtsrats), § 17 (Aus-
schüsse des Aufsichtsrats)
und § 18 (Stimmrecht der
Aktien) zu ändern. Oskar
Schlitter, Emil Georg von
Stauf, Dr. Peter Brunswig,
Johannes Kiehl, Dr. Jacob
Otto Abshagen, Dr. Jacob
Otto Abshagen, Dr. Kurt
Weigelt, Fritz Wind-
termann, Fritz Brud.,
Karl Burghardt, Fritz
Heinrichsdorff, Dr. Ernst
Mandel, Oswald Köster,
Dr. Karl Ernst Sippel,
Hans Kummel, sind nicht
mehr Vorstandsmitglieder.
Zu Prokuristen sind be-
stellt: Dr. Otto Abshagen,
Dr. Peter Brunswig, Jo-
hannes Kiehl, Dr. Ernst A.
Mandel und Hans Kummel,
alle in Berlin. Jeder
von ihnen kann die Gesell-
schaft in Gemeinschaft mit
einem Vorstandsmitglied
oder einem anderen Pro-
kuristen vertreten und ist
auch zur Veräußerung und
Belastung von Grundstücken
ermächtigt. Manfred
Dörner und Fritz von Seubert,
beide in Freiburg, ist
Prokura für die Filiale
Freiburg erteilt. Jeder
derselben ist befugt, die
Firma der Zweignieder-
lassung in Gemeinschaft
mit einem Vorstandsmit-
glied oder mit einem Pro-
kuristen der Gesellschaft
oder mit einem Prokuristen
Freiburg zu zeichnen. Die
Zeichnungsbefugnis der
bisher bestellten
Prokuristen ist dahin
erweitert worden, daß fort-
an auch zwei Prokuristen
gemeinschaftlich die Firma
der Freiburger Zweignie-
derlassung zeichnen können.
Die Prokura des Ernst
Fink ist erloschen. Am
12. Mai 1932.

Heidelberg. C.120
Handelsregister Abt. B
Bd. V O.-Z. 14 zur Firma
Mercuria - Volkstarif
Zwed. und Hausparfasse
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung in Heidelberg:
Die Vertretungsbefugnis
des Geschäftsführers Fried-
rich Schultes ist beendet.
Kaufmann Maximilian
Ferdinand Diemer in Hei-
delberg ist zum Geschäfts-
führer bestellt. Dem Kauf-
mann Franz Czada in
Dossenheim ist Prokura
erteilt.
Heidelberg, 23. Mai 1932.
Amtsgericht.

Karlsruhe. C.299

Handelsregisteramt.
1. Gebrüder Jilly, Karls-
ruhe. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 12.
Juli 1932. Persönlich haf-
tende Geschäftsführer: Adolf
Jilly, Fritz Jilly, beide
Kaufleute in Durlach.
(Großhandel und Her-
stellung von Damenhüten,
Kaiserstraße 137.) 12. Juli
1932.

2. Wilhelmine Maeyer
Wwe., Karlsruhe. Die Firma
ist erloschen.
3. Burthard & Söhne,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Ge-
mäß § 142 H.G.B. ist die
Firma von Amts wegen
gelöst. 15. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.300

Handelsregisteramt.
1. G. Braun (vormals
G. Braun'sche Hofbuch-
druckerei und Verlag), Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Die Prokura der Adele
Döber ist infolge Ablebens
erloschen. Der Waldtraut
Lang, Karlsruhe, ist Ein-
zelprokura erteilt.

2. Rheinische Asphalt-
Cementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Ein-
zelprokura: Kurt Baum-
gärtner, Kaufmann, Karls-
ruhe. 13. Juli 1932.

3. Einzelhandelsbank
Baden Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Wilhelm Heberle,
Karlsruhe, ist als weiteres
Vorstandsmitglied bestellt.
4. „Capitol“ Baugesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ge-
schäftsführers Albert
Brauchle ist beendet.
14. Juli 1932.

5. Werbebüro der Ba-
dischen Zentrumsdrucke-
Verba - Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 10.
Mai 1932 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Die bis-
herigen Geschäftsführer
sind Liquidatoren. 15. Juli
1932.

6. Karlsruher Schiff-
fahrts-Aktiengesellschaft in
Karlsruhe. Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 14. Juni 1932 wur-
den die außer Kraft ge-
tretenen Bestimmungen
der §§ 15, 18 und 16 Ab-
satz 1, 2 und 3 des Gesell-
schaftsvertrags über Ver-
setzung und Vergütung des
Aufsichtsrats erneut in Kraft
gesetzt und die Absätze 4
und 5 des § 16 (Berufung
des Aufsichtsrats) geän-
dert.

7. Landwirtschaftliche Ge-
sellschaftsberatung, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Rau-
terbergstraße 3). Gegen-
stand des Unternehmens:
a) Die Herstellung und
Veräußerung von Zeitun-
gen, Kalendern, Büchern,
Geschäftsbüchern, Formu-
larien und Druckdriften
sonstiger Art, sowie der
Handel mit solchen. b) Die
Herstellung von elektrischen
Licht- und Kraftanlagen
und die Beratung in elek-
trischen Fragen. c) Der
Betrieb eines Mahl-
und Zerkleinerungs-Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Verbands-
präsident Georg Keidel.

Heidelberg, 25. 5. 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.120

Generalsekretär August
Birch, Generalsekretär
Friedrich Hofmann, Ver-
bandssekretär Julius
Schelb, alle in Karlsruhe.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 14. und 30. Juni
1932 festgestellt. Jeder
Geschäftsführer vertritt
die Gesellschaft allein. Die
Belastigungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
16. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.299

Handelsregisteramt.
1. Gebrüder Jilly, Karls-
ruhe. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 12.
Juli 1932. Persönlich haf-
tende Geschäftsführer: Adolf
Jilly, Fritz Jilly, beide
Kaufleute in Durlach.
(Großhandel und Her-
stellung von Damenhüten,
Kaiserstraße 137.) 12. Juli
1932.

2. Wilhelmine Maeyer
Wwe., Karlsruhe. Die Firma
ist erloschen.
3. Burthard & Söhne,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Ge-
mäß § 142 H.G.B. ist die
Firma von Amts wegen
gelöst. 15. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.300

Handelsregisteramt.
1. G. Braun (vormals
G. Braun'sche Hofbuch-
druckerei und Verlag), Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Die Prokura der Adele
Döber ist infolge Ablebens
erloschen. Der Waldtraut
Lang, Karlsruhe, ist Ein-
zelprokura erteilt.

2. Rheinische Asphalt-
Cementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Ein-
zelprokura: Kurt Baum-
gärtner, Kaufmann, Karls-
ruhe. 13. Juli 1932.

3. Einzelhandelsbank
Baden Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Wilhelm Heberle,
Karlsruhe, ist als weiteres
Vorstandsmitglied bestellt.
4. „Capitol“ Baugesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ge-
schäftsführers Albert
Brauchle ist beendet.
14. Juli 1932.

5. Werbebüro der Ba-
dischen Zentrumsdrucke-
Verba - Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 10.
Mai 1932 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Die bis-
herigen Geschäftsführer
sind Liquidatoren. 15. Juli
1932.

6. Karlsruher Schiff-
fahrts-Aktiengesellschaft in
Karlsruhe. Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 14. Juni 1932 wur-
den die außer Kraft ge-
tretenen Bestimmungen
der §§ 15, 18 und 16 Ab-
satz 1, 2 und 3 des Gesell-
schaftsvertrags über Ver-
setzung und Vergütung des
Aufsichtsrats erneut in Kraft
gesetzt und die Absätze 4
und 5 des § 16 (Berufung
des Aufsichtsrats) geän-
dert.

7. Landwirtschaftliche Ge-
sellschaftsberatung, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Rau-
terbergstraße 3). Gegen-
stand des Unternehmens:
a) Die Herstellung und
Veräußerung von Zeitun-
gen, Kalendern, Büchern,
Geschäftsbüchern, Formu-
larien und Druckdriften
sonstiger Art, sowie der
Handel mit solchen. b) Die
Herstellung von elektrischen
Licht- und Kraftanlagen
und die Beratung in elek-
trischen Fragen. c) Der
Betrieb eines Mahl-
und Zerkleinerungs-Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Verbands-
präsident Georg Keidel.

Heidelberg, 25. 5. 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.120

Generalsekretär August
Birch, Generalsekretär
Friedrich Hofmann, Ver-
bandssekretär Julius
Schelb, alle in Karlsruhe.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 14. und 30. Juni
1932 festgestellt. Jeder
Geschäftsführer vertritt
die Gesellschaft allein. Die
Belastigungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
16. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.299

Handelsregisteramt.
1. Gebrüder Jilly, Karls-
ruhe. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 12.
Juli 1932. Persönlich haf-
tende Geschäftsführer: Adolf
Jilly, Fritz Jilly, beide
Kaufleute in Durlach.
(Großhandel und Her-
stellung von Damenhüten,
Kaiserstraße 137.) 12. Juli
1932.

2. Wilhelmine Maeyer
Wwe., Karlsruhe. Die Firma
ist erloschen.
3. Burthard & Söhne,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Ge-
mäß § 142 H.G.B. ist die
Firma von Amts wegen
gelöst. 15. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.300

Handelsregisteramt.
1. G. Braun (vormals
G. Braun'sche Hofbuch-
druckerei und Verlag), Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Die Prokura der Adele
Döber ist infolge Ablebens
erloschen. Der Waldtraut
Lang, Karlsruhe, ist Ein-
zelprokura erteilt.

2. Rheinische Asphalt-
Cementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Ein-
zelprokura: Kurt Baum-
gärtner, Kaufmann, Karls-
ruhe. 13. Juli 1932.

3. Einzelhandelsbank
Baden Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Wilhelm Heberle,
Karlsruhe, ist als weiteres
Vorstandsmitglied bestellt.
4. „Capitol“ Baugesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ge-
schäftsführers Albert
Brauchle ist beendet.
14. Juli 1932.

5. Werbebüro der Ba-
dischen Zentrumsdrucke-
Verba - Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 10.
Mai 1932 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Die bis-
herigen Geschäftsführer
sind Liquidatoren. 15. Juli
1932.

6. Karlsruher Schiff-
fahrts-Aktiengesellschaft in
Karlsruhe. Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 14. Juni 1932 wur-
den die außer Kraft ge-
tretenen Bestimmungen
der §§ 15, 18 und 16 Ab-
satz 1, 2 und 3 des Gesell-
schaftsvertrags über Ver-
setzung und Vergütung des
Aufsichtsrats erneut in Kraft
gesetzt und die Absätze 4
und 5 des § 16 (Berufung
des Aufsichtsrats) geän-
dert.

7. Landwirtschaftliche Ge-
sellschaftsberatung, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Rau-
terbergstraße 3). Gegen-
stand des Unternehmens:
a) Die Herstellung und
Veräußerung von Zeitun-
gen, Kalendern, Büchern,
Geschäftsbüchern, Formu-
larien und Druckdriften
sonstiger Art, sowie der
Handel mit solchen. b) Die
Herstellung von elektrischen
Licht- und Kraftanlagen
und die Beratung in elek-
trischen Fragen. c) Der
Betrieb eines Mahl-
und Zerkleinerungs-Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Verbands-
präsident Georg Keidel.

Heidelberg, 25. 5. 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.120

Generalsekretär August
Birch, Generalsekretär
Friedrich Hofmann, Ver-
bandssekretär Julius
Schelb, alle in Karlsruhe.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 14. und 30. Juni
1932 festgestellt. Jeder
Geschäftsführer vertritt
die Gesellschaft allein. Die
Belastigungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
16. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.299

Handelsregisteramt.
1. Gebrüder Jilly, Karls-
ruhe. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 12.
Juli 1932. Persönlich haf-
tende Geschäftsführer: Adolf
Jilly, Fritz Jilly, beide
Kaufleute in Durlach.
(Großhandel und Her-
stellung von Damenhüten,
Kaiserstraße 137.) 12. Juli
1932.

2. Wilhelmine Maeyer
Wwe., Karlsruhe. Die Firma
ist erloschen.
3. Burthard & Söhne,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Ge-
mäß § 142 H.G.B. ist die
Firma von Amts wegen
gelöst. 15. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.300

Handelsregisteramt.
1. G. Braun (vormals
G. Braun'sche Hofbuch-
druckerei und Verlag), Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Die Prokura der Adele
Döber ist infolge Ablebens
erloschen. Der Waldtraut
Lang, Karlsruhe, ist Ein-
zelprokura erteilt.

2. Rheinische Asphalt-
Cementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Ein-
zelprokura: Kurt Baum-
gärtner, Kaufmann, Karls-
ruhe. 13. Juli 1932.

3. Einzelhandelsbank
Baden Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Wilhelm Heberle,
Karlsruhe, ist als weiteres
Vorstandsmitglied bestellt.
4. „Capitol“ Baugesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ge-
schäftsführers Albert
Brauchle ist beendet.
14. Juli 1932.

5. Werbebüro der Ba-
dischen Zentrumsdrucke-
Verba - Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 10.
Mai 1932 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Die bis-
herigen Geschäftsführer
sind Liquidatoren. 15. Juli
1932.

6. Karlsruher Schiff-
fahrts-Aktiengesellschaft in
Karlsruhe. Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 14. Juni 1932 wur-
den die außer Kraft ge-
tretenen Bestimmungen
der §§ 15, 18 und 16 Ab-
satz 1, 2 und 3 des Gesell-
schaftsvertrags über Ver-
setzung und Vergütung des
Aufsichtsrats erneut in Kraft
gesetzt und die Absätze 4
und 5 des § 16 (Berufung
des Aufsichtsrats) geän-
dert.

7. Landwirtschaftliche Ge-
sellschaftsberatung, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Rau-
terbergstraße 3). Gegen-
stand des Unternehmens:
a) Die Herstellung und
Veräußerung von Zeitun-
gen, Kalendern, Büchern,
Geschäftsbüchern, Formu-
larien und Druckdriften
sonstiger Art, sowie der
Handel mit solchen. b) Die
Herstellung von elektrischen
Licht- und Kraftanlagen
und die Beratung in elek-
trischen Fragen. c) Der
Betrieb eines Mahl-
und Zerkleinerungs-Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Verbands-
präsident Georg Keidel.

Heidelberg, 25. 5. 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.120

Generalsekretär August
Birch, Generalsekretär
Friedrich Hofmann, Ver-
bandssekretär Julius
Schelb, alle in Karlsruhe.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 14. und 30. Juni
1932 festgestellt. Jeder
Geschäftsführer vertritt
die Gesellschaft allein. Die
Belastigungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
16. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.299

Handelsregisteramt.
1. Gebrüder Jilly, Karls-
ruhe. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 12.
Juli 1932. Persönlich haf-
tende Geschäftsführer: Adolf
Jilly, Fritz Jilly, beide
Kaufleute in Durlach.
(Großhandel und Her-
stellung von Damenhüten,
Kaiserstraße 137.) 12. Juli
1932.

2. Wilhelmine Maeyer
Wwe., Karlsruhe. Die Firma
ist erloschen.
3. Burthard & Söhne,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Ge-
mäß § 142 H.G.B. ist die
Firma von Amts wegen
gelöst. 15. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.300

Handelsregisteramt.
1. G. Braun (vormals
G. Braun'sche Hofbuch-
druckerei und Verlag), Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Die Prokura der Adele
Döber ist infolge Ablebens
erloschen. Der Waldtraut
Lang, Karlsruhe, ist Ein-
zelprokura erteilt.

2. Rheinische Asphalt-
Cementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Ein-
zelprokura: Kurt Baum-
gärtner, Kaufmann, Karls-
ruhe. 13. Juli 1932.

3. Einzelhandelsbank
Baden Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Wilhelm Heberle,
Karlsruhe, ist als weiteres
Vorstandsmitglied bestellt.
4. „Capitol“ Baugesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ge-
schäftsführers Albert
Brauchle ist beendet.
14. Juli 1932.

5. Werbebüro der Ba-
dischen Zentrumsdrucke-
Verba - Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 10.
Mai 1932 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Die bis-
herigen Geschäftsführer
sind Liquidatoren. 15. Juli
1932.

6. Karlsruher Schiff-
fahrts-Aktiengesellschaft in
Karlsruhe. Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 14. Juni 1932 wur-
den die außer Kraft ge-
tretenen Bestimmungen
der §§ 15, 18 und 16 Ab-
satz 1, 2 und 3 des Gesell-
schaftsvertrags über Ver-
setzung und Vergütung des
Aufsichtsrats erneut in Kraft
gesetzt und die Absätze 4
und 5 des § 16 (Berufung
des Aufsichtsrats) geän-
dert.

7. Landwirtschaftliche Ge-
sellschaftsberatung, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Rau-
terbergstraße 3). Gegen-
stand des Unternehmens:
a) Die Herstellung und
Veräußerung von Zeitun-
gen, Kalendern, Büchern,
Geschäftsbüchern, Formu-
larien und Druckdriften
sonstiger Art, sowie der
Handel mit solchen. b) Die
Herstellung von elektrischen
Licht- und Kraftanlagen
und die Beratung in elek-
trischen Fragen. c) Der
Betrieb eines Mahl-
und Zerkleinerungs-Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Verbands-
präsident Georg Keidel.

Heidelberg, 25. 5. 1932.
Amtsgericht.

Heidelberg. C.120

Generalsekretär August
Birch, Generalsekretär
Friedrich Hofmann, Ver-
bandssekretär Julius
Schelb, alle in Karlsruhe.
Der Gesellschaftsvertrag
ist am 14. und 30. Juni
1932 festgestellt. Jeder
Geschäftsführer vertritt
die Gesellschaft allein. Die
Belastigungen der Ge-
sellschaft erfolgen im Deut-
schen Reichsanzeiger.
16. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.299

Handelsregisteramt.
1. Gebrüder Jilly, Karls-
ruhe. Offene Handelsgesell-
schaft mit Beginn am 12.
Juli 1932. Persönlich haf-
tende Geschäftsführer: Adolf
Jilly, Fritz Jilly, beide
Kaufleute in Durlach.
(Großhandel und Her-
stellung von Damenhüten,
Kaiserstraße 137.) 12. Juli
1932.

2. Wilhelmine Maeyer
Wwe., Karlsruhe. Die Firma
ist erloschen.
3. Burthard & Söhne,
Karlsruhe. Die Gesell-
schaft ist aufgelöst. Ge-
mäß § 142 H.G.B. ist die
Firma von Amts wegen
gelöst. 15. Juli 1932.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. C.300

Handelsregisteramt.
1. G. Braun (vormals
G. Braun'sche Hofbuch-
druckerei und Verlag), Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung in Karlsruhe.
Die Prokura der Adele
Döber ist infolge Ablebens
erloschen. Der Waldtraut
Lang, Karlsruhe, ist Ein-
zelprokura erteilt.

2. Rheinische Asphalt-
Cementplattenfabrik, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe. Ein-
zelprokura: Kurt Baum-
gärtner, Kaufmann, Karls-
ruhe. 13. Juli 1932.

3. Einzelhandelsbank
Baden Aktiengesellschaft,
Karlsruhe. Wilhelm Heberle,
Karlsruhe, ist als weiteres
Vorstandsmitglied bestellt.
4. „Capitol“ Baugesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Karlsruhe. Die Ver-
tretungsbefugnis des Ge-
schäftsführers Albert
Brauchle ist beendet.
14. Juli 1932.

5. Werbebüro der Ba-
dischen Zentrumsdrucke-
Verba - Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesell-
schafterbeschluss vom 10.
Mai 1932 ist die Gesell-
schaft aufgelöst. Die bis-
herigen Geschäftsführer
sind Liquidatoren. 15. Juli
1932.

6. Karlsruher Schiff-
fahrts-Aktiengesellschaft in
Karlsruhe. Durch Beschluss
der Generalversammlung
vom 14. Juni 1932 wur-
den die außer Kraft ge-
tretenen Bestimmungen
der §§ 15, 18 und 16 Ab-
satz 1, 2 und 3 des Gesell-
schaftsvertrags über Ver-
setzung und Vergütung des
Aufsichtsrats erneut in Kraft
gesetzt und die Absätze 4
und 5 des § 16 (Berufung
des Aufsichtsrats) geän-
dert.

7. Landwirtschaftliche Ge-
sellschaftsberatung, Ge-
sellschaft mit beschränkter
Haftung, Karlsruhe (Rau-
terbergstraße 3). Gegen-
stand des Unternehmens:
a) Die Herstellung und
Veräußerung von Zeitun-
gen, Kalendern, Büchern,
Geschäftsbüchern, Formu-
larien und Druckdriften
sonstiger Art, sowie der
Handel mit solchen. b) Die
Herstellung von elektrischen
Licht- und Kraftanlagen
und die Beratung in elek-
trischen Fragen. c) Der
Betrieb eines Mahl-
und Zerkleinerungs-Stamm-
kapital: 20 000 M. Ge-
schäftsführer: Verbands-
präsident Georg Keidel.

Heidelberg, 25. 5. 1932.
Amtsgericht.



Badisches Landes-Theater
Sommer-Operette
im Stadt-Konzerthaus
Dienstag, den 26. Juli 1932
Die Geisha
Eine japanische Lieb-
geschichte mit Musik von
Owen Hall und Harry
Greenbank
Musik von Sidney Jones
Deutsch von E. M. Koehn
und Julius Freund
Regie: Bilger
Mitwirkende:
Schwarz, Hellmuth, E.
Möbius, G. Lindemann,